

Die Baugewerkschaft

Organ
des Zentral-Verbandes
christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag.
Abonnementspreis pro Quartal 2,- Mk. (ohne Bestellgeld), bei Zusendung unter Kreuzband 2,40 Mk.
Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.
Anzeigenpreis: Insetate 60 Pt., Reklame 1,80 Mk.

Herausgegeben vom Vorstandsvorstand.
Geschäftsstelle: Berlin O, Rüdersdorfer Straße 60.
Fernsprecher: Amt Königstadt, Nr. 4337.
Postcheck-Konto der Hauptkasse 9367 Berlin.

Schriftleitung: Berlin O, Rüdersdorfer Straße 60.
Inseratengeschäftsstelle: Berlin-Schöneberg, Hauptstraße 116, Fernsprecher: Amt Cönow, 2513.
(Verbandsanzeigen wie Versammlungsinsetate u. dergl. sind an die Redaktion direkt zu richten.)
Schluß der Redaktion: Montag morgens 8 Uhr.

Nummer 18. | Berlin, den 5. Mai 1912. | 13. Jahrgang.

Der Bericht des Ausschusses des Gesamtverbandes.

In der Nummer 8 des Zentralblattes der christlichen Gewerkschaften hat der Ausschuss des Gesamtverbandes seinen Bericht für das Jahr 1911 erstattet. Er beschränkt sich nicht auf die Darstellung seiner rein mechanischen Tätigkeit, sondern beleuchtet, wie immer, die allgemeine gewerkschaftliche Lage mit erschöpfender Klarheit und Schärfe. Die Vorbereitungen zu den Reichstagswahlen nahmen das öffentliche Interesse in erheblichem Maße in Anspruch. Erfahrungsgemäß, so hebt der Bericht hervor, bleibt die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung von Strömungen dieser Art nicht unberührt. Deren Einwirkungen haben vielmehr die in der Entwicklung befindliche grundsätzliche Klärung innerhalb der deutschen Gewerkschaftsbewegung dem Abschlusse nahe gebracht. Der Kampf um das Gewerkschaftsprinzip, namentlich um die Wahrung der gewerkschaftlichen Selbständigkeit gegenüber parteipolitischen Einflüssen — ein Kampf, der in der Bergarbeiterbewegung an der Ruhr seinen sichtbarsten Niederschlag fand und der dieser Bewegung seine historische Bedeutung aufprägt — hebt das Jahr 1911 aus seinen Vorgängern besonders hervor.

In der Verteidigung der Selbständigkeit der gewerkschaftlichen gegenüber der politischen Bewegung ist indes den christlichen Gewerkschaften in den Tatsachen selbst die wirksamste Rechtfertigung zuteil geworden. Nach der sozialpolitischen Seite hin liegt der Beweis in der von Begien auf dem Dresdener Kongreß der sozialistischen Gewerkschaften (Juni 1911) ausgestoßenen Klage: „Man möchte zu der Ueberzeugung kommen, daß die Staatsverwaltung erst die Wünsche der organisierten Arbeiterschaft hört, um dann in den Gesetzgebungsvorschlägen das Gegenteil von dem zu bringen, was die Arbeiter gewünscht und gefordert haben.“

Die christlichen Gewerkschaften haben immer wieder auf die ursächlichen Zusammenhänge dieser behauerlichen Erscheinung hingewiesen: Die enge Verbindung der „freien“ Gewerkschaften mit der sozialdemokratischen Partei belastet die Gewerkschaften mit den Folgen, welche die Negationspolitik der Sozialdemokratie in dem Gegenwartskampf heraufbeschwört. Nach der unmittelbar gewerkschaftlichen Seite dagegen reden die Vorgänge eine deutliche Sprache, die sich um die bekannte „Massen- und Führer“-Frage gruppieren. Es handelt sich bei dieser Frage um das Bestreben der radikalen sozialdemokratischen Parteipresse, der sozialdemokratischen Masse einen inneren Gegensatz zu den Gewerkschaftsführern zu suggerieren, die zu sehr verspießert und bürokratisiert sein sollen, um das gesunde, revolutionäre Empfinden der Massen zu verstehen. Diesen, nicht den Gewerkschaftsführern, komme daher die Souveränität zu. Aus Rücksicht auf die bevorstehende Wahl konnte im Berichtsjahre der Schleier über diese Gegensätze gezogen werden. Dagegen hat die Revolutionsromantik, wie vorauszu sehen war, in dem Ergebnis der Reichstagswahl neue Nahrung gefunden. Und es ist die beste Rechtfertigung für die Stellungnahme der christlichen Gewerkschaften, wenn sich neuerdings der „Grundstein“ (Nr. 11, 1912) mit folgender Begründung gegen die revolutionäre Propaganda wendet:

„Wir können schon darum nicht dazu schweigen, weil unsere Organisationen, unsere Gewerkschaften die Folgen einer solchen Aufspaltung der Gemüter und Zer-

wirung der Geister zu tragen haben. Das ganze, der Wirklichkeit abgewandte Wesen dieser Propaganda, wovon die Luxemburgischen Reden und Artikel nur den Gipfel darstellen, ist der Grund, auf dem die Schwierigkeiten wachsen, ohne die heute kaum noch eine Lohnbewegung größeren Stils durchgeführt werden kann. Soweit dies letztere Uebel — die inneren Kämpfe in den Gewerkschaften bei den Lohnbewegungen — eine psychologische Wurzel hat, ist diese Propaganda deren Nährboden. Und darum erheben wir Protest dagegen.“

Klarer, als es hier geschieht, können die Zusammenhänge nicht geschildert werden, so daß dem nichts hinzuzufügen ist. Die Begleitererscheinungen des sogenannten Scherlkongresses im Berichtsjahre belegten praktisch die Gefährdung der vornehmsten gewerkschaftlichen Errungenschaften durch die Voranstellung nicht unmittelbar gewerkschaftlicher Beweggründe.

In der weiteren Behandlung dieses Falles und den Bestrebungen des Buchdruckerverbandes, die praktisch auf die Schaffung eines Tarifmonopols hinauslaufen, fordert der Bericht: Der Tarif gehört der Allgemeinheit, und diese hat das Recht und die Pflicht, seine Wirksamkeit zu kontrollieren und durch die Einwirkung von Unparteiischen diese Wirksamkeit in gesunden Bahnen zu halten.

Diese Hervorhebung allgemeiner Gesichtspunkte in der Gewerkschaftsbewegung, mit der die Gewerkschaftsbewegung ihre Forderung auf das Interesse des ganzen Volkes an der Arbeiterorganisation begründet, ist, wo sie tatsächlich erfolgt, von eminent erzieherischer Wirkung in staatsbürgerlichem Sinne. Unter diesem Gesichtswinkel wird die Gewerkschaftsbewegung heute kaum irgendwo angemessen gewertet. Und doch bot auch das Jahr 1911 wiederum eine bemerkenswerte Gelegenheit, an der Haltung der christlichen Gewerkschaften ihre staatsbürgerlich-erzieherische Wirkung zu erproben — an ihrer Haltung nämlich zur Gestaltung und Verabschiedung der Reichsverfassungsordnung. Wiewohl mit Fehlern mancherlei Art behaftet, ragt dieses Gesetzgebungswerk doch als Ganzes über die sozialpolitische Gesetzgebung anderer Länder weit hinaus. Durch nichts konnte dies treffender illustriert werden als durch die Tatsache, daß selbst diejenigen Parteien außer der Sozialdemokratie, die eine positive Mitarbeit mehr oder minder verweigert hatten, die Verantwortung, das Gesetz abzulehnen, nicht auf sich zu nehmen sich getrauten. Die Verteidigung aber und der Löwenanteil an der Ausgestaltung des Gesetzgebungswerkes, das immer wieder unter der leidenschaftlichen Kritik des Radikalismus zusammenzubrechen drohte, blieben in der Hauptsache den christlichen Arbeiterführern überlassen. Dabei waren dieser Ausgestaltung, da sie wegen des Verzuges der Linken des Reichstags notgedrungen mit der Rechten erfolgen mußte, die denkbar engsten Grenzen gezogen, so daß Vorbeeren auf dem Gebiete der Popularität wahrhaftig nicht zu holen waren. Die christliche Arbeiterschaft aber enttäuschte die von den Führern in ihre staatsbürgerliche Schulung gesetzten Erwartungen nicht, sondern bewies, daß der zum Verständnis für das Kompromiß erzeugene Gewerkschaftler auch den staats- und allgemeinpolitischen Notwendigkeiten mit Verständnis gegenübersteht. Wäre unser öffentliches Leben weniger durch kleinlichste Parteigegensätze zerfallen, so daß großen Gesichtspunkten ihr Recht werden könnte, so müßte selbst der dem eigentlichen Gewerkschaftslehren uninteressiert gegenüberstehende wenigstens diese positive Seite unserer Bewegung, mag sie auch sonst nicht seine besondere Sympathie finden, wertschätzen.

Wie sehr eine Wirksamkeit in diesem Sinne geeignet ist, gegenüber der bedrückenden Flut des

Radikalismus einen Damm errichten zu helfen, hat im Berichtsjahre die Wirkung der von den christlichen Gewerkschaften mit unternommenen Aktion des Ausschusses des Deutschen Arbeiterkongresses gegen die sozialdemokratische Propaganda zugunsten politischer Massenstreiks in der Marokko-Streitfrage ergeben. Die Notwendigkeit der Geschlossenheit der deutschen Nation in der damaligen kritischen Lage gerade unter dem Gesichtswinkel der Arbeiterinteressen kann nicht besser umschrieben werden, als mit folgenden Sätzen des Sozialisten Hilbrand („Sozialistische Auslandspolitik“, S. 58), die eigens zur Stellungnahme zum Marokkostreit geschrieben sind: „Solange die Existenz der deutschen Arbeiter von der Ausdehnung der deutschen Geschäftsbeziehungen abhängt, reicht es nicht aus, wenn man nur den Kampf um den Anteil am Arbeitsertrag führt. Der Ertrag und die Arbeit selbst müssen gesichert werden, und darum müssen alle Versuche, die deutsche Volkswirtschaft einzuschnüren, auch von der deutschen Arbeiterklasse bekämpft, alle notwendigen Maßregeln, die deutsche Volkswirtschaft auszudehnen, auch von der deutschen Arbeiterklasse unterstützt werden.“ Genau dieselbe Begründung hat die christlich-nationale Arbeiterschaft ihrer Aktion gegeben. Und weil die deutsche Arbeiterschaft allgemein solchen Erwägungen zugänglich ist, änderte die Sozialdemokratie unmittelbar nach Erscheinen des Aufrufs des Deutschen Arbeiterkongresses ihre Taktik: in Deutschland ließ man (auf dem Jenaer Parteitag) die Massenstreikforderung fallen; innerhalb der sozialistischen Internationalen dagegen ging, unter tatkräftiger Mithilfe derselben deutschen Sozialistenführer, die in Jena „dämpften“, die Anti-Marokko-Kampagne in schroffster Form weiter.

Dieses Vorkommnis ist hier in der Hauptsache deswegen nochmals Erwähnung geschieden, weil seine Begleitererscheinungen überaus typisch sind für die heutige Situation in der deutschen Arbeiterbewegung, weil in ihnen aber auch der Hinweis liegt für das, was not tut. Die Aenderung der sozialdemokratischen Taktik erfolgte nicht zuletzt aus der Erwägung heraus, daß auch die sozialdemokratische Arbeiterschaft gegenüber den allgemeinen Gesichtspunkten, wenn sie ihr in geeigneter Weise zugänglich gemacht worden wären, größenteils die radikale Politik abgelehnt hätte. Die Volkstimmung hätte auch sie mitgerissen. Die Masse unseres Volkes, und mit ihr die Arbeiterschaft, ist eben durchaus nicht für eine vernünftig begründete positive Arbeit verloren, wenn nur der jahrelang systematisch verbreitete Radikalismus, der einstweilen gewissermaßen die Oberfläche in ihrer Denktätigkeit beherrscht, beiseite geschoben werden kann. Der Sozialist Hilbrand kennzeichnet geradezu die Wirkung des rein historisch-ökonomisch begründeten, also des revolutionären, negativ und destruktiv gerichteten Sozialismus auf die allein von ihm geschulte Massenschicht der bewußten Massenarbeiterschaft dahin, „daß er das Gefühl der sittlichen Verpflichtung auch im Arbeitsprozeß, auch im Kampf mit dem Gegner, auch im Familienleben abstumpft, soweit nicht... andere Quellen sittlicher Orientierung sprudeln...“ Solche Quellen sprudeln aber glücklicherweise im deutschen Volke noch allenthalben; nur muß der Zugang zu ihnen gefunden werden. Das kann aber nur geschehen, wenn den Anhängern der Sozialdemokratie das von dieser bewußt und planmäßig genährte Mißtrauen gegen die sachliche Aufklärung über die tatsächlichen Zusammenhänge unseres Volks- und Wirtschaftslebens genommen wird. Dieses Mißtrauen überwindet nur das in persönlicher Auseinandersetzung gesprochene offene

und überzeugte Wort des eigenen Berufsangehörigen, wenn es gestützt wird durch gute Gründe und eine entsprechende persönliche Haltung. Dann schwindet allmählich die Verärgerung; langsam ringt sich die Freude durch an den gewaltigen Errungenschaften deutschen Fleißes und deutscher Beharrlichkeit; der Wille regt sich, mitzuschaffen, und damit ist auch das Verständnis gewedt für die gegebenen und neu erwachsenden Notwendigkeiten des gesamten Volkstums. Hier liegt die historische Bedeutung der christlichen Arbeiterbewegung, die ihr von niemand abgenommen werden kann. Hier sind aber auch ihre Aussichten für eine wirksame Beeinflussung der gesamten kulturellen Entwicklung begründet, die letztere von der Bahn des zerschenden Radikalismus abzudrängen und mit positiv wirkenden Elementen zu durchsetzen geeignet ist. Von diesem Standpunkte ausgehend, wird die christliche Gewerkschaftsbewegung nicht aufhören, die weitestgehende Beachtung des ganzen Volkes zu verlangen.

Wesentlich ist aber bei dieser Stellung der christlichen Gewerkschaftsbewegung in der deutschen Arbeiterbewegung, daß sie nicht nur dem Bedürfnis des heutigen Arbeiters nach selbständiger Organisation Rechnung trägt, sondern die Organisationsfrage auch in einer Weise löst, daß das Selbstgefühl und die Selbstachtung des Arbeiters nicht darunter zu leiden brauchen. Darauf ist der Nachdruck zu legen. Denn in diese in die Augen springt sofort die Unhaltbarkeit des Systems der gelben Organisationen in die Augen, die von dem Arbeiter den Verzicht auf Selbständigkeit seiner Organisation, auf Selbstgefühl und Selbstachtung verlangen. Wer sich darum klar darüber ist, daß in letzteren Eigenschaften die unentbehrlichen Elemente der Arbeitsfähigkeit und der aktiven Anteilnahme am Produktionsfortschritt gegeben sind, wird niemals die Hand zu „gelben“ Experimenten bieten.

Gewerkschaftliche Grundfragen.

III.

Ein eigenartiges Zusammentreffen wollte es, daß im nämlichen Augenblick, wo der „freie“ Bergarbeiterverband sich über die elementarsten gewerkschaftlichen Grundzüge hinwegsetzte, und ihm alle übrigen „freien“ Verbände sekundieren, aus der Feder des Redaktors des „Grundstein“ im „Korrespondenzblatt“ der „freien“ Gewerkschaften ein Artikel über die „Würdigung der gewerkschaftlichen Arbeit“ erschien. Dieser Artikel gewährt einen bemerkenswerten Einblick in die Seeleverfassung eines „freien“ Gewerkschaftsführers; Besorgnis und Enttäuschung spiegeln sich darin wieder. Sinnig betont eingangs, daß gegenwärtig zwei wichtige Probleme an die Gewerkschaften heranrücken: Wie es möglich gemacht werden kann, daß die Gewerkschaften den sich immer mehr zentralisierenden Kämpfen um die Arbeitsbedingungen mit allen Kampfstrategien folgen, und wie „bei den Vorkämpfern zentraler Natur die taktische Geschlossenheit der Organisation in allen Stadien des Kampfes zu erhalten und zu sichern“ ist. Er behandelt jedoch vorwiegend nur das zweite Problem, von dessen Lösung allerdings auch das erste in erheblichem Maße abhängig ist.

Sinnig erinnert an die behauerlichen Vorgänge bei den verschiedenen Tarifverträgen, auf die wir in unserem ersten Artikel hinwiesen, wo einzelne Ortsgruppen sich den zentralen Anordnungen nicht fügen wollten und zu offener Rebellion übergingen. Daß herabsetzende Entscheidungen die Aktivität einer Gewerkschaft erschweren und ihre innere Geschlossenheit lockern müssen, ist unbestreitbar. Da sie in Momenten großer Konflikte mit den Arbeitgebern geschehen, wo ein fester Zusammenhalt um so notwendiger ist, wird die Gefahr noch desto größer: Nicht nur der Gesamterfolg einer großen zentralen Bewegung wird gefährdet, sondern auch die Existenz der Organisation wird aus Spiel gesetzt. Weil dem so ist, ist es Pflicht der gewerkschaftlichen Organisationen, diesen Gefahren entgegenzutreten: Ob sie das Produkt einer wirklichen Bewusstseinsbildung sind, wodurch sie erklärlich und verständlich werden; oder ob sie aus mangelnder Wirksamkeit des Organisationswesens einer zentralen Bewegung, gewerkschaftliche Unkenntnis, Unbereitschaft oder doppelten Egoismus, Fehler in der gewerkschaftlichen Organisation oder endlich aus außerhalb der Gewerkschaft liegenden Gründen hervorgehen sind.

Sollten wir jedoch die Gründe, aus welchen Sinnig so zu sprechen, wobei er aber nicht an den Einzelheiten festhalten will, vielmehr die gesamte Verfassung der „freien“ Gewerkschaftsbewegung seiner Betrachtung unterstellt.

Wesentlich ist aber bei dieser Stellung der christlichen Gewerkschaftsbewegung in der deutschen Arbeiterbewegung, daß sie nicht nur dem Bedürfnis des heutigen Arbeiters nach selbständiger Organisation Rechnung trägt, sondern die Organisationsfrage auch in einer Weise löst, daß das Selbstgefühl und die Selbstachtung des Arbeiters nicht darunter zu leiden brauchen.

Wesentlich ist aber bei dieser Stellung der christlichen Gewerkschaftsbewegung in der deutschen Arbeiterbewegung, daß sie nicht nur dem Bedürfnis des heutigen Arbeiters nach selbständiger Organisation Rechnung trägt, sondern die Organisationsfrage auch in einer Weise löst, daß das Selbstgefühl und die Selbstachtung des Arbeiters nicht darunter zu leiden brauchen.

Wesentlich ist aber bei dieser Stellung der christlichen Gewerkschaftsbewegung in der deutschen Arbeiterbewegung, daß sie nicht nur dem Bedürfnis des heutigen Arbeiters nach selbständiger Organisation Rechnung trägt, sondern die Organisationsfrage auch in einer Weise löst, daß das Selbstgefühl und die Selbstachtung des Arbeiters nicht darunter zu leiden brauchen.

Wesentlich ist aber bei dieser Stellung der christlichen Gewerkschaftsbewegung in der deutschen Arbeiterbewegung, daß sie nicht nur dem Bedürfnis des heutigen Arbeiters nach selbständiger Organisation Rechnung trägt, sondern die Organisationsfrage auch in einer Weise löst, daß das Selbstgefühl und die Selbstachtung des Arbeiters nicht darunter zu leiden brauchen.

Wesentlich ist aber bei dieser Stellung der christlichen Gewerkschaftsbewegung in der deutschen Arbeiterbewegung, daß sie nicht nur dem Bedürfnis des heutigen Arbeiters nach selbständiger Organisation Rechnung trägt, sondern die Organisationsfrage auch in einer Weise löst, daß das Selbstgefühl und die Selbstachtung des Arbeiters nicht darunter zu leiden brauchen.

Wesentlich ist aber bei dieser Stellung der christlichen Gewerkschaftsbewegung in der deutschen Arbeiterbewegung, daß sie nicht nur dem Bedürfnis des heutigen Arbeiters nach selbständiger Organisation Rechnung trägt, sondern die Organisationsfrage auch in einer Weise löst, daß das Selbstgefühl und die Selbstachtung des Arbeiters nicht darunter zu leiden brauchen.

Wesentlich ist aber bei dieser Stellung der christlichen Gewerkschaftsbewegung in der deutschen Arbeiterbewegung, daß sie nicht nur dem Bedürfnis des heutigen Arbeiters nach selbständiger Organisation Rechnung trägt, sondern die Organisationsfrage auch in einer Weise löst, daß das Selbstgefühl und die Selbstachtung des Arbeiters nicht darunter zu leiden brauchen.

sammlungen besucht, und daß auch kaum mehr die Gewerkschaftspressen lesen. Nur bei wichtigen Anlässen läßt die Masse in Bewegung, und stellt dann alsdann diejenigen die meisten Opponenten, denen das Organisationsgerübe am fremdesten sei. Es sei daher zu viel behauptet, bei „der großen Zahl der Gewerkschaftsmitglieder“ Vertraulichkeit „mit den grundlegenden Fragen der gewerkschaftlichen Arbeit vorzusetzen“. Auch die (sozialdemokratische) Parteipresse habe in „grundlegenden Fragen“ der Gewerkschaftsbewegung verjagt. Entweder behandelte sie solche überhaupt nicht, oder in einem Sinne, der mit den „realen Verhältnissen“ der Gewerkschaftsbewegung nicht zu vereinbaren sei, und dem deshalb häufig widersprochen werden müsse. Fehl würde jedoch gegangen, die Disziplinbrüche nur bei denen zu suchen, die erst seit kurzer Zeit organisiert oder im gewöhnlichen Lauf der Dinge abseits vom Organisationsleben stehen“. Im Gegenteil: Vielmehr seien nicht selten Führer und Träger der Disziplinlosigkeit solche, die eine langjährige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung hinter sich haben.

Für die zuletzt angezogene Erscheinung sucht Sinnig eine besondere Erklärung: Der Gegensatz zwischen politischer Ideologie und den strengen gewerkschaftlichen Tatsachen und Möglichkeiten. Er sagt wörtlich:

„In der Arbeiterbewegung, soweit sie vom Geiste des Klassenkampfes beherrscht wird, vollzieht sich seit Jahren eine geistige Umwandlung. Wenn man früher, im Begeisterungstraube des ersten Erkennens, das natürliche Ziel der Arbeiterbewegung, die Aufhebung der Klassenherrschaft, in kurzer Zeit, vielleicht durch eine gewaltige Kraftentfaltung, zu erreichen glaubte, so erkennt man nun, und zwar in um so größerem Maße, als man die gegnerischen Kräfte in ihrer festen Realität unmittelbar vor sich sieht und sich mit dem Widerstand abmüht, den sie uns entgegensetzen, daß die Erreichung jenes Zieles nur das Ergebnis einer Entwicklung sein kann, die sowohl durch unser tätiges Wirken, wie durch das Prinzip des ökonomischen Fortschritts in der Gesellschaft bestimmt wird. Diese geistige Umwandlung geht aber nur sehr langsam vor sich und erfolgt naturgemäß zuerst die Kreise, die in dem ökonomischen Kampfe zwischen Kapital und Arbeit eine leitende Tätigkeit ausüben und insolge dessen die Entwicklungslinien dieses Kampfes am ehesten erkennen und geistig verarbeiten. Andererseits zwingt die Festigkeit der sozialen Tatsachen die Organisationen, ihre Einrichtungen und ihre Praxis den realen Verhältnissen anzupassen. So kommt es, daß diese geistige Umwandlung innerhalb der Arbeiterbewegung weit mehr in der den Notwendigkeiten folgenden Praxis der Organisationen als im Bewußtsein der Organisationsmitglieder zum Ausdruck kommt. In der Praxis bilden wir feste, dauerbare Organisationen, rechnen wir nüchtern auf Jahrzehnte mit der Fortdauer der bestehenden Wirtschaftsordnung: in den Statuten unserer Verbände ist die Streigerung der Unterstützungssätze auf zwanzig Jahre voraus berechnet, in der jetzt in der Bildung begriffenen „Vollfürsorge“ rechnen wir mit Menschenaltern; aber im Bewußtsein sehr großer Mitgliederkreise liegt der große Tag des jüngsten Gerichts und der endgültigen Erlösung sozusagen in der Luft — eine große Massenaktion, und der Klassenstaat liegt am Boden, seine Trümmer aber formen sich so gleich, durch eine ihnen innewohnende Kraft bewegt, zur neuen Gesellschaft zusammen.“

Der Gegensatz zwischen (sozialistischer) politischer Ideologie und den realen Tatsachen sei also der Boden, auf dem die meisten Konflikte erwachsen. Sinnig schließt:

„Bei der Angefassung des sozialen Lebens in jenem ideologischen Lichte, kann die gewerkschaftliche Arbeit nicht ihrer vollen Bedeutung entsprechend würdigen. Er sieht in ihr eine Arbeit des Tages für den Tag, die bald nach die große allgemeine Erlösung überflüssig geworden sein wird. Er sieht in ihr nicht das unablässige Schichten von Stein auf Stein, das in seiner Wehrung der Macht des Proletariats die notwendige Verbesserung der sozialen Lage herbeiführt. Er sieht in der gewerkschaftlichen Organisation lediglich ein Hilfsmittel für die bald überflüssig werden Lohnbewegungen, nicht die hohe Säule des Proletariats, in der es sich die Fähigkeiten zur Verwirklichung des öffentlichen Lebens aneignet, wo es sich um die Verwirklichung eines edlen Sozialismus, damit gleichsam neue Menschen schaffen, wie sie eine neue Gesellschaft verlangt. Er sieht in dem Vertragswesen nur eine Sicherung gegen den Vorkbruch der Unternehmer, die dann überflüssig wird, sobald wir durch die Kunst des Arbeiters das Heft in den Händen haben; aber er sieht in ihm nicht die neue Form des Arbeitsvertrages, die den Arbeitsvertrag aus einer Sache der Einzelnen in eine Angelegenheit der organisierten Gemeinschaft verwandelt und damit das Prinzip des sozialen Rechts in die Wirklichkeit einführt; er sieht nicht, wie durch die Ausbreitung des Tarifvertrages ein großartiger Prozess der sozialen Organisation angeleitet wird, der die Arbeiter in die Lage versetzt, sich zu vereinigen und zu vereinigen und zu vereinigen.“

blische — manchmal auch mit die Unterlagen für ein rechnerisches „Nachweis“ der Schnippsarbeit —, aber nach wie vor, das Jahr um Jahr wiederkehrt und materielle, intellektuellen und ethischen Kräfte des Proletariats steigert.“

Das könnte, von einzelnen Wendungen abgesehen, auch ein christlicher Gewerkschaftsführer geschrieben haben, ja, das ist die Kritik, die wir an der „freien“ Gewerkschaftsbewegung wegen ihrer grundsätzlichen Auffassung und ihrer Verbindung mit der Sozialdemokratie seit Jahren schon geübt haben. Die Kritik (es handelt sich tatsächlich um eine Krise) im „freien“ Gewerkschaftslager resultiert nicht in erster Linie aus den Unterlassungssünden rein gewerkschaftlicher Natur und dem Unbefriedigtsein mit rein gewerkschaftlichen Handlungen, sondern aus der politisch-ideologischen Verfassung der sozialistisch gerichteten Arbeiterschaft. Sie hat ferner ihren Untergrund in der marxistisch-leninistischen Lebensauffassung der Sozialdemokratie. Nicht zu vergessen schwerwiegende gewerkschaftliche Mißgriffe, wie noch soeben beim Bergarbeiterstreik fehlte nur noch ein kleiner Schritt, und Winnig steht dem Konsumvereinsvertreter August Müller, der nicht allzulanger Zeit den Ruf nach Religion erhebt, derartige Ansichten müssen allerdings in den Augen eines unentwegten Sozialdemokraten sehr leicht erscheinen.

Wie lebt der Bauarbeiter?

Unsere Kollegen werden sich noch erinnern, wie im Verlaufe der großen Bauarbeiterausperrung seitens der Unternehmer Wirtschaftsrechnungen von Bauarbeitern in der Presse veröffentlicht wurden, durch welche man der Öffentlichkeit zeigen wollte, in welchen Verhältnissen die Bauarbeiter im allgemeinen leben. Aber nicht nur in Unternehmerkreisen triffen derartige Ansichten an. Auch von den Angehörigen dieser Berufsstände kann man noch oft genug die Phrasen von den „glänzenden Verhältnissen der Bauarbeiter“, von allem der Maurer, und von ihren „schrecklich hohen Löhnen“ zu hören bekommen. Man sieht nur die „hohen“ Stundenlöhne, vergißt aber, daß das Baugewerbe Saisonarbeit ist, und daß der Bauarbeiter als Saisonarbeiter nicht das ganze Jahr hindurch Beschäftigung und mit auch nicht Verdienst hat. Unter Berücksichtigung dieser Umstände ergibt sich, daß das Jahreseinkommen selbst der gelernten Bauarbeiter durchschnittlich nicht höher als das der meisten Industriearbeiter. Über diese Frage sind wir Bauarbeiter uns ja völlig klar, aber bei den übrigen Volksschichten herrscht darüber doch noch viel Dunkel.

Zur Klärung dieser Verhältnisse wesentlich beitragen dürfte ein Buch*) von Bernhard Quanz in Göttingen, das sich mit der Lage des Bauarbeiters in Stadt und Land beschäftigt. Zwar erstrecken sich die Untersuchungen nur auf die Stadt Göttingen und auf einige Bauarbeiterfamilien des Eichsfeldes. Doch können die hier gegebenen Verhältnisse für einen großen Teil der deutschen Bauarbeiter als typisch gelten und sind die Ergebnisse der angestellten Untersuchungen deshalb für uns von höchstem Interesse. Quanz hat sich nicht darauf beschränkt, die einschlägige Literatur eifrig zu durchforschen, er hat außerdem er sich mit einer Anzahl Bauarbeiterfamilien direkt in Verbindung gesetzt, diese zur Führung von Haushaltsbüchern während eines ganzen Jahres hindurch verpflichtet und so die genauesten Kenntnisse über die Lebensverhältnisse derselben erlangt. Zwar haben nicht alle Familien die bis ins kleinste sich erstreckenden Aufzeichnungen über Einnahme und Ausgabe während eines ganzen Jahres hindurch gemacht. Immerhin aber ist eine kleine Anzahl gewesen, die die Aufzeichnungen über das ganze Jahr hindurch wunschgemäß vollzogen, und das konstatieren, ist gewiß erfreulich. Können doch solche Untersuchungen bei der gewerkschaftlichen Arbeit manchmal sehr wertvolle Dienste leisten.

Der Verfasser sieht in dem Buche einen allgemeinen Teil voraus, der sich mit der Lage der Maurer im allgemeinen befaßt. Er bespricht besonders die Verhältnisse auf dem Eichsfelde, das er neben Obersachsen als besten zu dem sog. Maurergeländen rechnet. Während im Reichsdurchschnitt die Zahl der in der Maurerei Beschäftigten bei 1000 Einwohnern 25,5 beträgt, kommt pro 1000 Erwerbstätige im Stadt- und Landkreis Duderstadt 128,2, im Landkreis Hildesheim 90,8, im Landkreis Göttingen 61,4, im Landkreis Osterode je 47,5 usw. Interessant ist auch, was Quanz über die Wohnverhältnisse im Eichsfelde schreibt. Die Eichsfelder Maurer, die circa neun Prozent der dort arbeitenden Maurer ausmachen, leben im Hochsachsen im Badleimauern den Einheimischen überlegen waren, erhielten einen um 20—30 Prozent höheren Lohn als die letzteren. So betrug in den Jahren 1910/11

*) Zur Lage des Bauarbeiters in Stadt und Land. Ein Handbuch der Bauverhältnisse in Stadt und Land. Von Bernhard Quanz. Verlag von Vandenhoeck & Ruprecht in Göttingen, 1911.

1876 der Stundenlohn für Einheitslohn 20 Pf. und für die Tischfelder 25 Pf. 1908 betrug der Lohn der Einheitslohn 32 Pf., der der Tischfelder 35 Pf., also in einem Zeitraum von mehr als 30 Jahren eine Steigerung von nur 11 Pf. durchschnittlich. Seit dem Jahre 1905, in dem sich die Göttinger Bauarbeiter organisierten, ist der Lohn für Maurer heute auf 49 Pf. und für Hilfsarbeiter auf 39 Pf. gestiegen. Das beweist mehr als alles andere, welchen gewaltigen Einfluß die Organisation auf die Gestaltung der Lohnverhältnisse ausgeübt hat und noch ausübt.

Doch nun zu den Haushaltsrechnungen. Wir bemerken schon, daß nur ein kleiner Teil der Betroffenen die Bücher gut und das ganze Jahr hindurch geführt hat. Von zehn Büchern wurden nur vier gut geführt. Sie betreffen zwei städtische und einen ländlichen Maurerhaushalt, sowie einen städtischen Bauhilfsarbeiterhaushalt.

Der erste Maurer, wohnhaft in Göttingen, hat neben seiner Frau 3 Kinder im Alter von 1—10 Jahren. U. der vorzugsweise als Fußer im Tagelohn, nur gelegentlich auch im Akkord, beschäftigt ist, hat über längere Arbeitslosigkeit meist nicht zu klagen gehabt. Ein bestimmter Nebenerwerb steht der Familie nicht zur Verfügung. Die Tätigkeit der Frau erschöpft sich lediglich in der Führung des Haushalts. Bis zur Geburt des dritten Kindes wurde ein Nebeneinkommen aus der Aufnahme zweier Maurer aus der Tischfelder Heimat als Logis- und Kostgänger von 3 M pro Mann und Woche erzielt. An Miete für drei Zimmer und Küche bezahlt U. 150 M jährlich. Dieser verhältnismäßig billige Mietpreis erklärt sich aus dem freundschaftlichen Verhältnis zwischen Mieter und Vermieter, außerdem geht der Mann bei vorkommenden Arbeiten dem Hausbesitzer zur Hand. Von der in 1. Stockwerk eines älteren Fachwerkbauwerks belegenen Wohnung sagt Quanz, daß sie „gut und solide, keineswegs dürftig, aber auch nicht luxuriös“ eingerichtet sei. Das Einkommen des Mannes betrug aus 2593 Arbeitsstunden zu 40 und 42 Pf. 1078,76 M. Dazu kommen einige kleinere Nebeneinnahmen, sowie 150 M, die der Sparkasse entnommen wurden, und der Uberschuß vom Vorjahre in Höhe von 34,42 M. Die Gesamteinnahme betrug 1319,42 M. Die Gesamtausgabe betrug 1281,11 M. Der Uberschuß beträgt mithin, trotz der von der Sparkasse erhobenen 150 M und des Uberschusses von 34,42 M., nur 38,31 M.

Der zweite Maurer, der gleichfalls in Göttingen wohnt, hat Frau und drei Kinder im Alter von 2—12 Jahren. Als Kanalisationsmaler hat er bislang sein gutes Auskommen gehabt und ist ihm bisher auch regelmäßig Winterarbeit irgendwelcher Art vom Meister zugewiesen worden, gleichsam als Entschädigung für die im Vergleich zu gewöhnlicher Maurerarbeit besonders schmutzige und anstrengende Arbeit, wie der Verfasser schreibt. Seine Aufwendungen für Miete sind schon wesentlich höher wie bei U. Für gleichfalls drei Zimmer und Küche zahlt er 165 M jährlich. Eine Stube und Kammer wurde an eine einzelne Person für 12—15 M pro Monat abvermietet. Um das Einkommen ausreichend zu machen, arbeitet die Frau mit, indem sie eine Aufwartestelle versteht und außerdem für ein Konfektionsgeschäft Selbst- und Bettwäsche zu Stücklohnsätzen anfertigt. Die Versuchung, bis in die Nacht hinein zu arbeiten, war groß, und zog sich die stribige Frau durch die Uebertreibung eine gesundheitliche Schädigung zu. Der Arbeitsverdienst des Mannes betrug für 2729 1/2 Stunden zu 40 und 42 Pf. 1134,37 M. Mit den Nebeneinnahmen, in welchen der Verdienst der Frau sowie der Uberschuß vom Vorjahre von 11,20 M. enthalten sind, betrug das Gesamteinkommen 1498,12 M. Die Gesamtausgabe beträgt 1477,92 M. Es ist also ein Uberschuß von 20,20 M. vorhanden, derselbe also um 9 M. höher wie Anfang des Jahres.

Der dritte Maurer wohnt mit seiner sechsöpfigen Familie in einer kleineren Ortschaft des hannoverschen Eichsfeldes (Kreis Tuderstadt). Er arbeitet als Maurer gleichfalls in Göttingen, wo er die Woche über ein Logis bezieht und nur alle acht Tage nach Hause fahren kann. Die Kinder sind noch klein, das Älteste ist 6 1/2 Jahre alt. U. wohnt in seinem Heimatsorte eine kleine Land- und Bauwirtschaft, die von der Frau bearbeitet wird. Auch die Frau durch Wasch- und Plättarbeiten sich eine Stellung eine Nebeneinnahme zu verschaffen gewußt. Der Verfasser gibt auch hier eine ausführliche Beschreibung der Wohn- und Wirtschaftsgebäude, sowie deren Einrichtung. Die Hälfte der vorhandenen Wohnräume ist seit Jahren an eine Familie zu nur 45 M. abvermietet. Der Aufwand für Wohnungsbedürfnisse stellte sich mit den Kosten für Logis in Göttingen und Eisenbahnfahrt auf 100 M pro Jahr, was, wie der Verfasser bemerkt, für ländliche Verhältnisse nicht unerheblich ist. Unser Kollege arbeitete im Jahre 2085 Stunden, teils zu 40, teils zu 42 Pf., was ein Jahreseinkommen von 872,86 M. ergibt. Mit einem Uberschuß von 85 M. vom Vorjahre und den sonstigen Nebeneinnahmen stellte sich die Ge-

samteinnahme auf 1118,64 M. Die Gesamtausgabe betrug 1067,62 M. Der Uberschuß, der am Anfang des Jahres 85 M. betrug, verringerte sich mithin auf 46,12 M. Die Größe der bewirtschafteten Ackerfläche beträgt 34 Acker Eigentum und 26 Acker Pachtland, zusammen also 60 Acker.

Nun noch die Haushaltsrechnung eines Göttinger Bauhilfsarbeiters. Die Familie besteht aus Mann, Frau und drei Kindern von 3, 7 und 16 Jahren. Von der Frau sagt Quanz, daß sie einen abgearbeiteten Eindruck macht. Ersparnisse haben beide Eheleute vor ihrer Verheiratung nicht machen können, da sie zur Erziehung jüngerer Geschwister beitragen mußten. Die Frau hat vom Anfange ihrer Ehe an zum Unterhalt mitbeigetragen durch Uebernahme von Aufwartestellen, Weißbrottrogen u. dgl. Auch der Sohn hat seit seinem 11. Lebensjahre durch Botengänge u. dgl. zur Erhöhung des Einkommens seiner Eltern mitbeigetragen. Der Mann arbeitet als Bauhilfsarbeiter im Tagelohn. Er verdiente für 2712 1/2 Stunden zu 30 und 32 Pf. 855,70 M., durch Gelegenheitsarbeiten 16,70 M. Unter den Nebeneinnahmen figurieren als Hauptposten der Verdienst der Frau mit 119 M., der des Sohnes, der ein Handwerk erlernt, mit 130 M. Dazu kommt ein Uberschuß vom Vorjahre von 32 M. Das Gesamteinkommen betrug 1201,76 M. Die Gesamtausgabe betrug 1195,98 M. Der Uberschuß beträgt mithin nur 5,78 M. In diesen Zahlen ist der Wert von drei Zentnern selbstgeernteter Kartoffeln nicht enthalten, ebenso nicht einige Geschenke. Trotzdem der Mann nur im Februar einen Tag, zwischen Weihnachten und Neujahr ca. vier Tage auszufahren brauchte und diese noch zum größten Teile durch Gelegenheitsarbeiten wettmachte, beträgt sein Arbeitseinkommen doch nur 74 Prozent der Gesamteinnahme. Die fehlenden 26 Prozent wurden zu ca. 9 Prozent von der Frau, zu ca. 11 Prozent von dem Sohne und zu ca. 5 1/2 Prozent durch sonstige Nebeneinnahmen aufgebracht. — Die hier besprochenen Jahresrechnungen beziehen sich auf das Jahr 1906.

Auf die massenhaften, äußerst interessanten und lehrreichen Einzelheiten des Buchs näher einzugehen, ist in diesem Rahmen unmöglich. Es ist ein zuverlässiges Material, das der Verfasser mühsam und sorgfältig zusammengetragen und übersichtlich geordnet uns in keinem Buche vorträgt. Besonders ist es geeignet, uns Stoff zur Beantwortung der Frage zu geben: Wie lebt der Bauarbeiter von heute? Wer von unseren Kollegen das Buch sich anschafft, wird es mit Interesse lesen und ist es zur Widerlegung der eingangs erwähnten falschen Begriffe und Ansichten, die über die Einkommensverhältnisse der Bauarbeiter heute noch vielfach verbreitet sind, besonders geeignet.

Allgemeines.

Leicht vergeblich scheint das Hauptorgan der sozialdemokratischen Gewerkschaften, das „Correspondenzblatt“ zu sein. Es polemisiert in einem langen Leitartikel (Nr. 14, 1912) gegen die christlichen Gewerkschaften und versucht, aber den Schein der Neutralität für die „freien“ Gewerkschaften zu retten. Da sieht man u. a.:

„Und es gibt keinen Fall, daß eine freie Gewerkschaft auf berechnete und opportune gewerkschaftliche Aktionen im Interesse der Partei verzichtet hätte. Eine solche Situation schließen die tatsächlichen Verhältnisse vollständig aus.“

Nun wollen wir das „Correspondenzblatt“ sich selbst widerlegen lassen. Als im vorigen Sommer sozialdemokratische Buchdruckerverbände im Berliner Zeitungsgewerbe den auffeherregenden Kontrakt- und Disziplinbruch begingen, wurde den aufrichtigen Tarifbrechern von einem Teil der sozialdemokratischen Presse die Stange gehalten. Dabei kamen die verantwortlichen Gewerkschaftsinstanzen und das Tarifwesen arg unter die Räder. Statt die schweren Angriffe abzuwehren, was im Interesse der gewerkschaftlichen Arbeit unbedingt notwendig gewesen wäre, schwieg man. Wie sich nachher infolge einer Justizaktion herausstellte, war ein für die Öffentlichkeit bestimmter Protokoll der Generalkommission der freien Gewerkschaften durch den sozialdemokratischen Parteivorstand unterdrückt worden. Und in einem schwachen Augenblick hat das „Correspondenzblatt“ (Nr. 84, 1911) dann nachher resigniert eingestanden:

„Es waren lediglich Gründe des Parteiinteresses, die von der Veröffentlichung abhielten.“

Man vergleiche dieses Eingeständnis mit den vorhin erwähnten Behauptungen des „Correspondenzblattes“, um die Unzuverlässigkeit des führenden Hauptorgans der sozialdemokratischen Gewerkschaften richtig einschätzen zu können.

Der sozialdemokratische Charakter des „Deutschen Bauarbeiterverbandes“ gerichtlich bestätigt! Bei der letzten Reichstagswahl, wie auch bei früheren Wahlen schon, erfreute sich die sozialdemokratische Liste der letzten Unterstützung durch die „freien“ Gewerkschaften, nicht nur durch Wort und Schrift, sondern auch durch Ueberweisung bedeutender Geldbeiträge für den Reichstagswahlkampf. Besonders erwiesen sich eine Anzahl Zweigvereine des „Deutschen Bauarbeiterverbandes“ in dieser Hinsicht als sehr spendabel. So beschloß auch die Dresdener Mitgliedschaft dieses Verbandes, dem Reichstagswahlkampf 1000 M. zu überreichen. Dieser Beschluß wurde zwar in einer späteren Versammlung wieder aufgehoben;

die Polizei aber erklärte wegen dieses Vorfalls die Gewerkschaftszentrale für politisch. Sie verlangte die Entlassung der Mitgliederliste usw., und als das verweigert wurde, verurteilte ein Dresdener Schöffengericht den Vorsitzenden zu 15 M. Geldstrafe. In der Urteilsbegründung war das Gericht der Ansicht, daß die Zahlung eines Beitrags zum Wahlkampf eine intränsische Unterstützung auf die Politik sei als die schönste Verarmungsrede.

Gegen dieses Urteil war sowohl vom Bestrauten wie auch vom Ankläger Berufung am Landgericht eingelegt. Dieses verwarf beide Berufungen, bestätigte das Urteil des Schöffengerichts und hat damit die Gewerkschaft für politisch erklärt. Zu diesem Urteil hat wohl wenig die Tausendmark Angelegenheit beigetragen, es vielmehr die weiteren Erhebungen, die den Beweis erbrachten, daß der Zweigverein politisch sei. So konstatierte der Vorsitzende, daß das Vereinsorgan, der „Grundstein“, sozialdemokratische Propagandastreibe unter der Sammelüberschrift „Politische Uebersicht“ und auch an anderen Stellen bringe es reich sozialdemokratische Artikel. Es wurde eine große Reihe solcher Artikel und Notizen, wie auch Aufsätze zum Parteitag in Jena und zur Reichstagswahl vorgelesen. Der Antrag des Verteidigers, zwei Pressesachverständige zu hören, wurde abgelehnt. Das Gericht erachtete sich allein für kompetent zur Beurteilung der Frage. Das Urteil lautet kurz und bündig: „Der Dresdener Zweigverein ist ein selbständiger und auch ein politischer Verein. Seine Ziele lassen sich gar nicht anders betätigen als politisch. Aber auch die Zeitung, der „Grundstein“, zeigt ganz klar die politische und sozialdemokratische Tendenz des Vereins, es handelt sich deshalb, da sie das Vereinsorgan ist, um einen politischen Verein.“

Der „Vorwärts“, dem wir diese Mitteilungen in der Hauptsache entnehmen, ist über das Urteil ganz verblüfft. Dies dürfte bei den „freien“ Gewerkschaften noch viel mehr der Fall sein. Diese Wendung hatte man nicht erwartet. Man wird aber deshalb doch mit der viel gerühmten „Neutralität“ der „freien“ Gewerkschaften weiter hausieren gehen.

Russische Grausamkeiten. In den sibirischen Goldminen am Yenailuß traten circa 3500 Bergarbeiter in eine Lohnbewegung. Während die Vertreter der Arbeiter noch mit den Ingenieuren unterhandelten, gab das herbeigeholte Militär ohne jede Veranlassung mehrere Salven auf die sich vollkommen ruhig verhaltenden Arbeiter ab. 107 davon blieben sofort tot, 87 wurden schwer und circa 150 leicht verletzt. Von den Schwerverwundeten sind nachträglich 40 gestorben. Decartige Grausamkeiten sind wirklich nur in Rußland möglich. Da kann es nicht verwundern, wenn das Land fortwährend von revolutionären Zuständen erschüttert wird, und alle Anzeichen sprechen dafür, daß bald wieder eine revolutionäre Welle das Land erschüttert. Die Goldminen an der Lena sind zum Teil in englischen Händen.

„Ein Berlin“ den Rücken gelehrt hat, wie die „Ermündliche Zeitung“ mitteilt, der katholische Arbeiterverein in Pongritz-Kolonie (Westpreußen): „In einer außerordentlichen Generalversammlung des kath. Arbeitervereins wurden einzeln die Beziehungen zum Berliner Verbande abgebrochen und das Verbandsorgan „Der Arbeiter“ abbestellt. Der Verein ist somit aus dem Berliner Verbande ausgetreten.“

Die „Gelben“ ein Produkt der Kaiserzeit. Es klingt zwar etwas seltsam, die Kaiserzeit mit den Gelben in Verbindung zu bringen. Wenn aber der sozialdemokratische Metallarbeiterverband vorstehende Feststellung macht, dann wird es wohl wahr sein. Der Vorstand dieses Verbandes gab nämlich 1907 eine Broschüre heraus: „Geschichtliches zur Kaiserzeit in Deutschland“, in der es auf Seite 134 heißt:

„Die gelben Gewerkschaften sind ein Produkt der Kaiserzeit. Die Einigkeit der Arbeiter ist gelöst ... Die Kaiserzeit 1906 hat nun den äußeren Anstoß zur Entwicklung der gelben Gewerkschaften gegeben, und unsere Berliner Kollegen werden jahrelang zu tun haben, um dieses Übergewicht an der Arbeiterbewegung wieder abzuschütteln.“

Also sind die „Gelben“ ein Produkt der roten Gewerkschaftszeit. Wie sagt doch das Sprichwort? „In ihren Früchten merdet ihr sie erkennen!“

Wirtschaftliche Bewegung.

Gesperit sind: Offen (Glückelager) Sperre über die Eisen- Baumaterialien-Vertriebsgesellschaft seit lange und Comp., sowie sämtliche Arbeiten des Zwischenmeisters Selzer. Coblenz für Klattenleger die Zwischenmeister Gesche. Lüdtgenhausen (Streit der Maurer und Bauhilfsarbeiter). Gollantsch (Sperre über Pacht) wegen Wagnersung. Herne i. Westf. (Sperre für Zimmerer in die Firma Gengen. Dören (Streit der Dachbeder). Coblenz a. Rh. (Sperre über die Betonfirmen Hüter & Comp. und Schröder Schwärz). Rheine (Sperre über die Schienenbauern in der Nähe von Altenheim). Geseke (Streit der Maurer und Bauhilfsarbeiter).

Beziehungen.

Dören. Unsere Lohnbewegung ist durch den Abschluß eines Tarifvertrages beendet. Eine Aussprache mit dem Vorsitzenden der Arbeitgebervereiniung führte zur An-

Aktion. Eine Arbeitgeberversammlung beschloß, einen Tarifvertrag mit 50 Pf. Tariflohn abzuschließen. In einem Schreiben an uns wurde betont, daß 50 Pf. als allgemeiner Tariflohn gelten sollen, und daß durch gegenseitige Vereinbarung bei besonderer Leistung ein höherer Lohn festgesetzt werden könnte. Da der Stand des Streiks nicht mehr günstig war (die Firma Kapraun hatte 9 Streikbrecher, Göber 4, und die Kleinmeister mußten mit Handlängern einen großen Teil der Arbeit fertig), beschloßen die Kollegen, eine Einigung mit 50 Pf. Tariflohn einzugehen. Am 18. April fanden dann Verhandlungen statt, in denen ein Tarif vereinbart wurde. Der Tarif gilt für alle Arbeitsstellen im Stadt- und Landkreis Düren. Die Arbeitszeit beträgt 10 Stunden. Im Winter richtet sich dieselbe nach den Lichtverhältnissen. Der Stundenlohn für Dachdecker und Baulempner beträgt 50 Pf. und kann durch gegenseitige Vereinbarung erhöht werden. Nacharbeit wird mit 50 Prozent, Sonntagsarbeit mit 100 Prozent Zuschlag bezahlt. Die Lohnzahlung findet wöchentlich statt. Den Tarif überwacht eine sechsgliedrige Kommission. Als Obmann ist der Vorsitzende des Königl. Gewerbegerichts in Düren bestimmt. Der Tarif läuft bis zum 22. April 1914. Drei Monate vor Ablauf treten die Parteien zusammen, um über die Erneuerung des Tarifvertrages in Unterhandlung zu treten. Wenn man bedenkt, daß der Durchschnittslohn in den meisten Gewerkschaften bisher kaum 4 M., insgesamt berechnet 4,19 M. beträgt, dann ist der Erfolg der Lohnbewegung ein recht ansehnlicher. Die Lohnsteigerung beträgt 1 M. und mehr. Das sind 20 bis 25 Prozent Lohnsteigerung. Die Verhältnisse im Dürener Dachdeckerhandwerk waren, da die Dachdecker bisher unorganisiert waren, zu sehr zurückgefallen. Der Sprung von dem bisherigen Lohn auf unsere gestellte Forderung war etwas zu hoch, da das jahrelange Verjämren nicht auf einmal gehoben werden kann. Tarum hatten wir auch den Vermittlungsvorschlag von 50-52 Pf. und ab 19. März 1913 55 Pf. gemacht. Dieses hätte auch erreicht werden können, wenn sich nicht von Anfang an einige Streikbrecher für die dringenden Arbeiten zur Verfügung gestellt hätten. Gerade an der dringenden Arbeit liegt im Dachdeckerhandwerk der Erfolg. Als dann die allgemeinen Arbeiter zu drängen anfingen, da fiel uns der allein in Frage kommende sozialdemokratisch organisierte Hildebrand als Arbeitswilliger im Geschäft Göber, bei dem bisher alles ruhte, in den Rücken. Hildebrand erklärte uns, sein Vorstand habe ihm gesagt, er betäme nur 10 M., wenn ihm das nicht genüge, müsse er arbeiten gehen. Ihm folgten noch einige Einheimische, und dazu gelang es den Unternehmern, noch einige auswärtige Streikbrecher zu bekommen. Damit war der Einfluß der tren kämpfenden Kollegen gebrochen. Bei den Verhandlungen zeigte sich denn auch, daß die Arbeitgeber zu weiteren Verhandlungen nicht mehr zu haben waren. Eine am 21. April in Geysberg abgehaltene Versammlung stimmte dem vereinbarten Tarife einstimmig zu. Die Arbeit wurde am 22. wieder aufgenommen. Nunmehr heißt es, geschlossene hinter dem Tarif zu stehen, damit beim Ablauf der notwendige Einfluß vorhanden ist, einen weiteren Ausbau des Lohnes und der Tarifbestimmungen durchzuführen. Den „Arbeitswilligen“ muß gezeigt werden, wie sehr sie sich selbst und die Gesamtheit geschädigt haben. Sie müssen verstehen, daß sie sich selber gegen die Solidarität verhalten haben und daß sie in Zukunft solches Handeln zurücklassen müssen. Rolle Geschlossenheit ist nun notwendig, um den erlangenen Einfluß zu erhalten und den Tarifvertrag regelrecht durchzuführen.

Betrieb Königsberg.

Büchsenbau. Der Streit konnte hier am 19. April durch Vermittlung des Herrn Bürgermeisters Kellmann, beendet werden. Es kam ein schriftlicher Vertrag zustande, welcher bis zum 31. März 1913 Gültigkeit hat. Die Arbeitszeit beträgt 10 Stunden, der Stundenlohn 48 Pf. Für Junggefelln und Wiedereinstufige werden 40 und 5 Pf. gezahlt. Die Lohnzahlung beträgt über 4 Kilometer 50 Pf. pro Tag. Für Ueberstunden werden 10 Pf. pro Stunde, Nacharbeit 50 Prozent und Sonntagsarbeit 100 Prozent Zuschlag bezahlt. Die Büchsenbauer Kollegen mögen nun ihre Organisation ausbauen, denn werden auch weitere Erfolge in der Zukunft zu erzielen sein.

Verbandsnachrichten.

Büchsenbau. Der Streit konnte hier am 19. April durch Vermittlung des Herrn Bürgermeisters Kellmann, beendet werden. Es kam ein schriftlicher Vertrag zustande, welcher bis zum 31. März 1913 Gültigkeit hat. Die Arbeitszeit beträgt 10 Stunden, der Stundenlohn 48 Pf. Für Junggefelln und Wiedereinstufige werden 40 und 5 Pf. gezahlt. Die Lohnzahlung beträgt über 4 Kilometer 50 Pf. pro Tag. Für Ueberstunden werden 10 Pf. pro Stunde, Nacharbeit 50 Prozent und Sonntagsarbeit 100 Prozent Zuschlag bezahlt. Die Büchsenbauer Kollegen mögen nun ihre Organisation ausbauen, denn werden auch weitere Erfolge in der Zukunft zu erzielen sein.

Wir machen die Mitglieder in ihrem eigenen Interesse darauf aufmerksam, daß am Sonntag, den 5. Mai, der zehnte Wochenbeitrag fällig ist.

Königsberg. Am Sonntag, den 21. April, fand eine große Versammlung statt. Kollege Krieger-Pöschke wurde in seinen Worten die Gleichgültigkeit eines großen Teiles der Königsberger Kollegen. Durch die Unzufriedenheit der Kollegen hätten die Arbeitgeber den großen Schaden, indem sich dieselben bis heute geweigert haben, den Tarif abzuschließen. Die Diskussion zeigte, daß alle nun erst zum Handeln haben wollen und einstimmig für nachstehende Resolution: „Die am Sonntag, den 21. April d. J., abgegebene gut beschriebene Resolution der Bauarbeiter von Königsberg ist ein sehr wichtiger Schritt, den im Jahre 1913 der Bund der Bauarbeiter nicht hätte machen können, an dem die Verhandlung scheiterte.“

zu ergreifen, welche geeignet sind, die Arbeitgeber zu bewegen, mit uns den Tarif abzuschließen. Die Versammlung erwartet aber von den Arbeitgebern so viel soziales Verständnis, daß auf dem Wege friedlicher Verhandlung die Lohn- und Arbeitsbedingungen tariflich geregelt werden.“ Diese Resolution soll an alle Arbeitgeber, sowie an den Syndikus des Arbeitgeberverbandes, Herrn Dr. Adler, gesandt werden. — Nachdem noch eine Anzahl Kollegen ihren Beitrag bezahlt hatten, wurde ein neuer Vorstand gewählt, dem folgende Kollegen angehören: 1. Vorsitzender Karl Gerth, 2. Vorsitzender Heinrich Müller, 1. Kassierer Alex Gotowicz, 2. Kassierer Johann Holle, 1. Schriftführer Adam Lewandowski, 2. Schriftführer Wl. Drzewicki. Als Revisoren wurden die Kollegen J. Seifert und Czeczka gewählt. Mögen die Königsberger Kollegen nun treu und fest zusammenhalten, auf daß in baldiger Zeit auch hier ein Tarif abgeschlossen wird.

Vortrop. In einer außerordentlichen Versammlung sprach der Bezirksleiter, Kollege Häuschen-Vosum, über christliche oder sozialdemokratische Gewerkschaften. Der Redner führte zuerst die Entstehung der Gewerkschaften und die Zerplitterung derselben an. Nachdem die sozialdemokratischen Parteien verschrieben hatten, war die Gründung der christlichen Gewerkschaften eine Notwendigkeit geworden. Der ehemalige Reichstagsabgeordnete Hue hatte früher prophezeit, daß die christlichen Gewerkschaften auf den letzten Krüden humpelten. Die letzten Krüden sind aber so stark geworden, daß Hue nicht auf seinen Wahlsitz verlor, sondern auch den letzten Bergarbeiterstreik. In letzter Zeit wurde von dem sozialdemokratischen Bauarbeiterverband eine Flugchrift herausgegeben, in welcher von der Neutralität der sozialdemokratischen Gewerkschaften die Rede ist. Nach den Vorgängen bei den Reichstagswahlen, wo sich die sozialdemokratischen Gewerkschaften ganz in den Dienst der sozialdemokratischen Partei stellten, sei dies nicht mehr wie eine große Bauernfängererei in der Agitation unter den Bauarbeitern in einer christlichen Gewerkschaft. Nach der Hebe, welche die Sozialdemokraten in der Zeit nach dem verlorenen Bergarbeiterstreik gegen die christlichen Arbeiter betreiben, wäre eine scharfe Antwort notwendig. Die christlichen und nationalen Arbeiter müssen immer mehr für die Stärkung der christlichen Gewerkschaften eintreten. Der Vorsitzende, Kollege Kademann, erläuterte noch kurz die günstige Entwicklung der Zahlstelle Vortrop. Die Dachdecker sind zu 95 Prozent christlich organisiert. Unter den Zimmerern ist die Agitation sehr fortgeschritten, so daß jetzt auch eine große Anzahl organisiert ist. Der Falles unter den Zimmerern muß schon ein großer sein. Ein roter Zimmerer verlor nämlich für 20 Pf. sein Mitgliedsbuch. Die Kollegen versprachen nach dem Vortrag, dafür zu sorgen, daß Vortrop stets eine Hochburg der christlichen Gewerkschaften sein und bleiben wird. Dies Versprechen wurde in einer Resolution niedergelegt. Mit einem Hoch auf das Räthen und Wachsen der christlichen Bauarbeiter schloß die interessante Versammlung.

Danzig. Ein unerhörter Terrorismusfall ereignete sich am Montag, den 22. April, auf dem hiesigen Küfforters Sägewerk. Hier werden etwa 130 Arbeiter beschäftigt, die zum größten Teil dem Deutschen Transportarbeiterverband angehören. Ein kleiner Teil gehört dem christlichen Holzarbeiterverband an. Am Sonnabend, den 20. April, wurde von vier sozialdemokratischen Vertrauensleuten eine Liste herumgereicht, auf der sich alle diejenigen unterschreiben mußten, die mit Andersorganisierten nicht zusammenarbeiten wollten. Am Montag wurde dem Direktor des Werks eine von dem Beamten Schilfert verfaßte Resolution zur Unterschrift vorgelegt, in der verlangt wird, daß nur Mitglieder des Deutschen Transportarbeiterverbandes es beizubehalten werden sollten. Der Herr Direktor lehnte es ab, zu unterschreiben. Herr Schilfert aber hat seinen Mitgliedern erzählt, daß die Resolution anerkannt und damit die Monopolisierung des Arbeitsplatzes erfolgt sei. Um 10 Uhr wurde die Arbeit niedergelegt und 15 Arbeiter wurden vor die Frage gestellt, entweder tot zu werden oder zu hungern. Drei Kollegen blieben treu, während die übrigen sich dem Druck der nach Freiheit leidenden „Arbeiterfründe“ beugten. Unter den 15 befand sich auch ein rot organisierter, der bei der Reichstagswahl seine Stimme dem bürgerlichen Kandidaten gegeben hat (Politische Freiheit). Dieser vorliegende Fall sollte den Anfang machen mit der Ausrottung der Christlichen. Es war beschlossene, auf sämtlichen Holzwerkern das gleiche zu machen. Daß dieses bis jetzt nicht geschehen, läßt vermuten, daß die Arrangements dieser Aktion es mit der Angst bekommen haben. Den christlichen Arbeitern ist dieses ein Ansporn zur unermüdbaren Agitation. Zu bemerken ist noch, daß der deutsche Transportarbeiterverband bei den Lohnverhandlungen im Stangenhandwerk auf die Hilfe des christlichen Transportarbeiterverbandes angewiesen ist. Sollte Herr Schilfert so kurzschichtig sein und nicht sehen, daß man hier den Spieß umdrehen und den roten Führer mit seiner Sippe von den Verhandlungen ausschließen kann? Hat Herr Schilfert vergessen, daß er nur ein Vertreter der Christlichen zu den Verhandlungen zugelassen wurde? Oder glaubt der Herr, die „Schwarzen“ sind zu dumm, um etwas zu unternehmen? Irrtum ist menschlich, und Herr Schilfert und seine Vertrauten werden dieses erkennen, wenn sie vor dem Staatsanwalt sich verantworten sollen. Die christlichen Arbeiter mögen durch unermüdbare Aufklärung und feste Agitation den Freiheitskämpfern zu Leibe rücken. Das Jahr 1912 darf nicht zur Reize gehen, ohne den christlichen Gewerkschaften einen kräftigen Mitgliederzuwachs gebracht zu haben.

Gen. (Münch.). In Nr. 14 des „Grundstein“ bezieht die rote Verbandsleitung von Köln, daß wir, ohne mit ihnen Rücksprache zu nehmen, unsere Leute in Arbeit geschickt hätten. Das ist unwahr. Mit der roten Verbandsleitung ist abends vorher die schriftliche Antwort abgefragt worden. Von Differenzen hat bei dieser Gelegenheit die rote Verbandsleitung

nichts mitgeteilt. Eine Maßregelung mehrerer Kollegen ist nicht durch Arbeitsaufnahme unserer Kollegen erfolgt. Man möchte hier aufscheinend uns etwas unterstellen. Es geht aber schlecht. Auf unsere Feststellungen in Nr. 1 der „Baugewerkschaft“, daß es vollständiger Kontraktbruch sei, die Arbeit zu verweigern, nachdem die Forderung erfüllt sei, geht der „wohlmeinende Rat“ nicht ein. Was ihm an Tatsachen fehlt, sucht er durch Kraftworten wie: „Christliche Strategie“, „christliche Strategen“, „auf die Führer Augen getreten“, „Mut und Einsicht“ usw. zu ersetzen. Das Ganze ändert nichts an der Tatsache, daß man hier im trüben zu suchen sucht. Das ist vorbestimmte. Damit ist für uns die Sache erledigt. Ob der in Frage kommende Kassierer ein „lumpiger“ ist, darüber können wir nicht urteilen. Seine eigene Einschätzung dürfte genügen.

Gleichen. Am 17. März fand in Montabaur die Verwaltungsstelle Montabaur die diesjährige Generalversammlung in der Wirtschaft Gerz statt. Auf der Tagesordnung standen: 1. Kassierenbericht vom Jahre 1911, 2. Wahl des Vorstandes (Verwaltungsstelle), 3. Besprechung der wirtschaftlichen Verhältnisse, 4. Wünsche und Anträge der Kollegen. Der Kassierenbericht wurde für richtig befunden und dem Kassierer wurde Entlassung erteilt. In den Vorstand für die Verwaltungsstelle Montabaur wurde als Vorsitzender einstimmig gewählt Georg Kalo, Weich aus Eschelbach, als zweiter Vorsitzender Adam Steinebach aus Birges, als Kassierer Adam Graf aus Dernbach, als Schriftführer Peter Eichmann aus Birges, als Kassierenrevisoren Adam Schuchhart aus Heiligenroth und Peter Trum aus Dernbach gewählt. Ueber die wirtschaftliche Lage sprach dann Kollege Schleicher aus Frankfurt. Hieraus wurden noch einige Wünsche und Anträge von einigen Kollegen vorgebracht und auch unter allgemeiner Einigkeit besprochen und geregelt.

Hamburg. (Jahresbericht.) Wiederrum ist ein Jahr gewerkschaftlicher Tätigkeit hier in der Hochburg der Sozialdemokratie dahingerochen. Ein Rückblick auf das verfloßene Jahr zeigt uns, daß wir trotz der schwierigen Position hier am Orte wieder einen Schritt vorwärts gekommen sind. Es wurden 89 neue Mitglieder dem Verbande zugeführt. Wenn auch diese Zahl für eine Großstadt, wie sie Hamburg ist, auf den ersten Blick uns winzig erscheint, so ist aber in Anbetracht des gewaltigen Gegners, der uns hier gegenübersteht, es als ein erfreuliches Zeichen zu betrachten, daß dieser Fortschritt erzielt wurde.

Unser Verhältnis zu den sozialdemokratischen Bauarbeiterverbänden hat sich gegenüber dem Vorjahre nicht besser gestaltet. Durch Terrorismus und Verleumdungen versuchte man uns das Lebenslicht auszublauen. Hauptsächlich war es der Zimmererverband, der sich in dieser Hinsicht die Siegespalme zu erringen hoffte. Wir waren gezwungen, in einer öffentlichen Versammlung uns mit der „noblen“ Handlungsweise dieser Verbände zu befassen. Mit den Schandtatzen des Zimmererverbandes hatte sich auch die hiesige Staatsanwaltschaft in zwei Fällen zu befassen. Das Urteil in einem Falle lautete auf 30 M. Geldstrafe, während in dem anderen Falle Freisprechung erfolgte. Aber trotz dieses Freispruches ist das Verhalten des sozialdemokratischen Zimmererverbandes es genügend gebrauchbar worden. Die Rede des Vertreters der Staatsanwaltschaft wird wohl heute noch in den Ohren der Angeklagten nachklingen. Er führte u. a. folgendes aus: „Durch den Terrorismus der sozialdemokratischen Arbeiter wird der anders Organisierte von Bau zu Bau, von Stadt zu Stadt getrieben, bis er entweder sich ihrer Gewalt beugt oder hungert.“ Diese Worte müssen doch jeden noch Moral beizuhaltenden sozialdemokratischen Arbeiter wie Pfeilspitze treffen. Nicht wir haben eine moralische Niederlage erlitten (wie man im „Echo“ schrieb), sondern der sozialdemokratische Zimmererverband samt seinen sich sehr „diplomatisch“ benehmenden (wie der Vertreter der Anklage sagte) Beamten. Aber wie schon so oft, so auch hier. Man hat Böses gewollt und Gutes geschaffen. Wir sind geworden und innerlich dadurch gefestigt. Nur so weiter, der Kurs ist gut. Die Bunttätigkeit im verfloßenen Jahre war flau. Die Bunttätigkeit wird zum Teil dadurch herbeigeführt, daß die größeren Bauten meist aus Eisenbeton hergestellt werden und man hierzu meist ungelernete Kräfte verwendet. Ja, es kommt sogar vor, daß man Betonfußboden und Betonbodenputz von ungelerten Arbeitern ausführen läßt. Dieser Umstand gibt den gelerten Bauarbeitern Anlaß, sich mehr, als wie bisher, um die Betonarbeiter zu kümmern, damit selbiger der Organisation zugeführt werden, um es zu erreichen, daß Arbeiten, die dem gelerten Arbeiter zugehen, auch von diesem ausgeführt werden, oder aber, wenn ungelernete Arbeiter selbige verrichten, dann diese Arbeiter zu hoch bezahlt werden, als wie gelernete Arbeiter auch. Anberfalls trägt auch zu der schlechten Konjunktur der allgemeine Niedgang im Baugewerbe hier am Orte bei. Daß unsere Mitglieder anbelangt, so hatten selbige wenig unter der schlechten Konjunktur zu leiden, da für dieselben meist immer Arbeit vorhanden war.

Auch in diesem Frühjahr liegt die Bunttätigkeit sehr darnieder, so daß fast die Hälfte der Bauarbeiter arbeitslos ist. Die Aussichten auf eine baldige Besserung sind sehr gering, so daß wohl mit einer länger anhaltenden schlechten Konjunktur gerechnet werden muß. Das Verderblichste während dieser flauen Zeit ist, daß die Akkordarbeit nicht zurückgeht, sondern eher prozentual zunimmt und die Arbeiter sich soviel wie möglich bei Abschließung von Akkordverträgen einander unterbieten. Der heutige Akkordpreis beträgt für 1000 Steine zu vermauern, innen und außen zu putzen, 14-15 M.; 15 M. ist fast der höchste Preis, der überhaupt noch bezahlt wird. Ganz abgesehen davon, daß noch ein Ueberzuschuß erzielt werden soll, kann sich ein jeder leicht ausrechnen, was ein hiesiger Maurer leisten muß, um bei derzeitigen Preisen seinen Lohn (7,65 M.) zu verdienen.

Zu nachstehenden sei noch ein kurzes Bild von unserer eigentlichen Tätigkeit gegeben. Es darf wohl gesagt werden, daß sich unsere Verwaltungsstelle, wenn auch langsam, so doch stetig vorwärts entwickelt. Man

auch die Zahl unserer Mitglieder nur klein ist, so kann aber von ihnen gesagt werden, daß es alle überzeugte christliche Gewerkschaftler sind und keine Zwangsmittelglieder, wie das bei unseren Gegnern der Fall ist. Abgehalten wurden im letzten Jahre 23 ordentliche, zwei außerordentliche Mitgliederversammlungen und eine öffentliche Protest-Versammlung. Der schriftliche Verkehr belief sich auf 224 ausgehenden und 217 eingehenden Briefen und Karten. Die Kassengeschäfte wickelten sich wie folgt ab: Die Gesamteinnahme betrug 4308,86 M. Davon wurden an die Zentralkasse gesandt 2758,74 M. An die Lokalkasse abgeführt wurden 902,56 M. Die Ausgaben betrugen für die Zentralkasse 168,10 M. für die Lokalkasse 745,67 M. Der jetzige Lokalkassenbestand beträgt 634,35 M. Gegenüber dem Vorjahre konnten 434,12 M. mehr an die Zentralkasse gesandt werden. Was den Versammlungsbesuch anbelangt, so war er ein zufriedenstellender. Aber immerhin muß gesagt werden, daß ein Teil der Kollegen immer noch nicht die Notwendigkeit des Versammlungsbesuches erkannt hat. Spöttlich werden auch diese Kollegen sich bald bewußt, wie notwendig der Versammlungsbesuch zu unserer inneren Festigung ist. Auf unserer stattgefundenen Generalversammlung wurden Kollege Carl Diederich als Vorsitzender und Kollege Magosch als Kassierer wiedergewählt.

Beigt uns dieser kurze Rückblick, daß sich unsere Bewegung hier am Orte wiederum mehr gefestigt hat, so kann und darf uns das aber nicht abhalten, weiterzuarbeiten. Die Tatsache, daß wir vorangekommen sind, muß als Ansporn dienen, mit neuer Kraft, mehr noch als bisher, für unsere Bewegung zu agitieren. Ein großes Agitationsfeld liegt noch vor uns. Hunderte unserer Berufskollegen, die ihrer Ueberzeugung nach zu uns gehören, befinden sich als Zwangsmittelglieder im sozialdemokratischen Bauarbeiterverband. Kleinliche Furcht hält sie ab, sich offen uns anzuschließen. Unsere Aufgabe muß es sein, diesen die Augen zu öffnen und sie hineinzuführen in den altbewährten Zentralverband christlicher Bauarbeiter Deutschlands.

Geeßen bei Hamm. Am Sonnabend, den 20. April, hielt die Zahlstelle eine gut besuchte Versammlung ab, in der unsere erste Quartalsabrechnung bekannt gegeben wurde. Die am 1. Januar 1912 neu gegründete Zahlstelle hatte bei ihrer Gründung eine Mitgliederzahl von 20 Kollegen und zum Schluß des Quartals 45 Kollegen. Neu aufgenommen sind 25 Kollegen. Kollege Dücker, der zur Versammlung erschienen war, hielt einen sehr lehrreichen Vortrag über die Stellung Deutschlands in der Weltwirtschaft. Zum Schluß dankte unser 1. Vorsitzender, Kollege Förster, den erschienenen Kollegen und wies darauf hin, daß in der nächsten Versammlung, am 4. Mai, ein auswärtiger Redner einen Vortrag halten würde.

Konferenz der Bergischen Zahlstellen unseres Verbandes in Solingen am 21. April 1912. Im Frühjahr, wenn sich alles verjüngt, wenn neues Leben in die tote Natur kommt, dann merkt man auch bei uns, daß neues Leben in die Rämmer vom Bau kommt. Gatten wir uns schon in den größeren Orten des Bergischen Landes in Vertrauensmännerversammlungen mit der einzuleitenden Frühjahrssagitation, Hausagitation und Baudelegiertenwesen beschäftigt, so war der Wunsch mehrerer Kollegen, die Zahlstellen des Bergischen Landes von unserem Verbande auf einer Konferenz zusammenzuladen und diese Gegenstände dort zu besprechen. Diesem Wunsche wurde Rechnung getragen und auf den 21. April, morgens 10 Uhr eine Konferenz nach Solingen einberufen. Alle Zahlstellen waren vertreten, außer der Zahlstelle Barmen (Zimmerer), Kemscheid (Zimmerer) und Radeb. Wald (Maurer). Vom Zentralvorstand war Kollege Jakob, Zentralkassierer, anwesend. Die Tagesordnung war folgende: 1. Bericht über den Stand des Verbandes im Bergischen Lande, 2. Die Notwendigkeit einer geordneten Buchführung. Als dritten Punkt sollte der Kollege Lange ein wirtschaftspolitisches Thema behandeln. Derselbe war leider durch den Dachdeckerstreik in Düren verhindert, an der Konferenz teilzunehmen. Aus dem Bericht über den Stand unseres Verbandes wäre zu bemerken, daß im Jahre 1911 624 und in diesem Jahre 141 Neuaufnahmen zu verzeichnen sind, dagegen die absolute Mitgliederzunahme gegen Juni 1911 nur 46 betrage. Für die Vorstände sei es eine ernste Frage, hier einmal nachzusehen, wo denn die Neuaufnahmen bleiben. Es wurde besonders betont, daß in den Versammlungen mehr Gewicht auf die Behandlung der praktischen Organisations- und Agitationsfragen gelegt werden müsse. Die Vertrauensleute und Baudelegierten müssen persönlich zu Sitzungen eingeladen und den Kollegen praktisch gezeigt werden, wie nun gearbeitet werden soll. Dieses gelte auch für die Verbreitung unserer Flugblätter. Die Fluktuation, die in den Verbänden zu verzeichnen sei, rühre nur daher, daß zu wenig Erziehungsarbeit in den Zahlstellen geleistet würde. Mit allen möglichen Fragen beschäftigte man sich in den Versammlungen, nur nicht mit der Frage: „Wie erziehen wir die neu gewonnenen Mitglieder zu tüchtigen Gewerkschaftlern?“ Dieses müsse besser werden. In der Diskussion wurde von den Delegierten bestätigt, daß diese Mängel beständen und gelobt, nach den gegebenen Anweisungen ferner zu handeln. Die Kassenverhältnisse haben sich seit 1909, wo die Kassengeschäfte dem Kollegen Preuss übertragen wurden, sehr gebessert. Die Einnahmen betragen 5566,26 M. die Ausgaben 3280,29 M., Bestand 2285,97 M. Ueber die Notwendigkeit einer geordneten Buchführung referierte Kollege Jakob. An der Hand der Kassenbücher zeigte er den Kollegen, wie die Bücher in den Zahl- und Verwaltungsstellen geführt werden müssen. Ganz besonders sollen sich die Kollegen bei der Materialbestellung überlegen, was sie notwendig hätten, damit nicht zu viel bestellt und dadurch neue Auflagen an der Zentrale notwendig würden, die Kollegen sich aber auch selbst dadurch die Geschäftsführung erschweren. Die Behandlung des Materials müsse eine sorgfältigere sein, damit nicht zu viel verloren ginge. Bemerkenswert ist, daß in der nachfolgenden Diskussion die anwesenden Kauf-

stener sich nicht beschwerten, die Arbeit mit der Buchführung sei zu viel, sondern anerkannten, daß bei guter Buchführung Ordnung und Uebersicht vorhanden sei, welches die Kassengeschäfte nur erleichtere. Auch sei die beste Agitation die, wenn die Mitglieder Vertrauen zu den Kollegen hätten, die ihre Gelder verwalteten. Dieses Vertrauen sei aber nur zu erreichen durch geordnete, übersichtliche Buchführung. Im Anschluß daran wurden noch einige Fragen in bezug auf das Statut gestellt, die zu aller Zufriedenheit beantwortet wurden. Ein Antrag des Kollegen Deppe, Barmen, den Winterbeitrag einheitlich zu regeln, soll einer Bezirkskonferenz unterbreitet werden. Darauf wurde nach einem kurzen Schlusswort des Kollegen Preuss um 6 Uhr die anregend verlaufene Konferenz geschlossen. Mögen die rege Aussprache und praktischen Anregungen unsern Verband im Bergischen auch in diesem Jahre nach innen und außen kräftigen.

Sandberg (O.S.) Sonnabend, den 30. März er., tagte hier eine außerordentliche Versammlung, die sich eines guten Besuches erfreute. Die Tagesordnung lautete: 1. Vortrag, 2. Diskussion, 3. Geschäftliches. Kollege Kruppa-Creuzburg referierte über die Bergarbeiter-Bewegung. In der Diskussion sprachen sich die Kollegen u. a. dahin aus, daß unsere Bruderorganisation, der Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter, es verstanden hat, seine Mitglieder zu schützen. Zum Geschäftlichen wurde erörtert, daß die Kollegen, die voriges Jahr ihr Gefellensstück machten, bis heute noch nicht in den Besitze ihrer Papiere sind und soll seitens der Organisation bei dem Maurermeister Michael dieserhalb eingeschritten werden. Die nächste Versammlung findet Sonnabend, den 20. April er., abends 6 Uhr, statt. Mit einem Hoch auf den Zentralverband christlicher Bauarbeiter Deutschlands wurde die Versammlung geschlossen.

Nürnberg. (Jahresbericht.) Auch in Nürnberg sind wir im letzten Jahre ein gutes Stück vorwärts gekommen. Frisch belebt wurde die organisatorische Arbeit durch die gute Konjunktur, welche nach der Aussperrung einsetzte und bis vor einigen Monaten anhielt. Errichtet wurden in Nürnberg insgesamt 660 größere Gebäude. Davon sind 541 Wohngebäude, 8 öffentliche, 17 Geschäfts- und Kontor-, 65 Fabrik- und Werkstatte-, 23 Lager- und 6 sonstige Gebäude. Außerdem sind noch 239 kleinere Baufeldstellen zu verzeichnen. Wie in fast allen Städten, so haben wir auch in Nürnberg unter dem Kleinwohnungsmangel sehr zu leiden. Leider wurde das Bild auch im letzten Jahre noch mehr verdunkelt, wie folgende Zahlen beweisen. Insgesamt wurden 3329 neue Wohnungen geschaffen. Davon waren eine Wohnung mit einem Zimmer, 20 mit zwei, 333 mit drei, 1626 mit vier, 569 mit fünf, 318 mit sechs, 140 mit sieben und 112 mit acht, neun, zehn und mehr Zimmern. Für die Arbeiter kommen also, die Wohnungen mit drei und weniger Zimmern gerechnet, nur 554, das sind 16,64 Prozent der gesamten neuerrichteten Wohnungen in Betracht. Bedenkt man, daß dieser Prozentsatz auch in den Vorjahren nicht größer war, daß aber die Prozentzahl der Arbeiterbevölkerung zwischen 60 und 70 schwankt, so erklärt sich daraus die große Wohnungsnot unter den minderbemittelten Ständen. Die jüngst hier von den christlichen Arbeitern gegründete Baugenossenschaft will auf diesem Gebiete besser eingreifen. Möge sie daher auch seitens unserer Kollegen weitgehendste Unterstützung finden. Durch intensive Kleinarbeit war es möglich, unsere Mitgliederzahl im Berichtsjahre von 208 auf 309 zu steigern. Aufgenommen wurden 283 Kollegen, 43 traten aus dem sozialdemokratischen Verbande zu uns über. Obwohl 160 abtraten, müßte unser jetziger Bestand, der 232 beträgt, doch bedeutend größer sein. Streben wir also in Zukunft mehr als bisher dahin, die gewonnenen Mitglieder dem Verbands auch zu erhalten. Erst dadurch kommt der Erfolg ganz zur Geltung.

Im Berichtsjahre wurden abgehalten eine öffentliche und 52 Mitgliederversammlungen, 32 Vorstands- und 35 Vertrauensmännerversammlungen. Soweit sich ermitteln ließ, wurden in diesen 43 Vorträge gehalten. Der Besuch der Versammlungen betrug 35 Prozent der Mitglieder und der der Sitzungen 70 Prozent. Möge der Versammlungsbesuch im nächsten Jahre ein besserer sein. Auch der Besuch der städtischen Unterrichtskurse ließ, leider vornehmlich seitens unserer Mitglieder, sehr zu wünschen übrig. Auch hier muß es unbedingt besser werden. Verschiedentlich mußten auch im Berichtsjahre die Tarifinstanzen zusammentreten. Sechsmal tagte die Schlichtungskommission, wobei neun Entscheidungen gefällt wurden. In drei Fällen wurde Berufung an das örtliche und einmal an das Zentralschiedsgericht eingelegt. Besonders hervorgehoben zu werden verdient die Auffassung der sozialdemokratischen Vertreter über die Tätigkeit eines christlichen Vertreters in den Tarifinstanzen. Verlangten sie doch, daß er in jedem Falle blindlings mit ihnen zu stimmen hätte. Als aber in einigen Fällen der Tarifvertrag und unsere Stellung zu demselben ein Zusammengehen mit ihnen ausschloß, wurde unser Vertreter in der gemeinsten Weise verdächtigt. Daß Vertreter zu einer Schlichtungskommission trotz ordnungsmäßiger Ladung nicht erschienen, war auch den sozialdemokratischen in Nürnberg vorbehalten. Der bewährte Vorsitzende, Herr Rechtsrat Dr. Merkel, legte infolgedessen sein Amt nieder. So haben wir seit drei Monaten keine Schlichtungskommission mehr. Ob ein solches Spiel mit den Tarifinstanzen für die Arbeiter von Vorteil ist, will doch gewiß im Ernst auch kein sozialdemokratischer Vertreter behaupten. Unser Arbeitsnachweis wurde sehr in Anspruch genommen. Immer wieder muß darauf hingewiesen werden, daß er noch mehr von unseren Kollegen unterstützt werden muß. Die Geschäftsführung in den Zahlstellen kam als sehr gut bezeichnet werden. Unser Wunsch im vorigen Jahresbericht, im nächsten sagen zu können, sie waren alle pünktlich, hat sich erfüllt. Die Abrechnungen wurden so frühzeitig gemacht, daß die Verwaltungsverhältnisse im meistenten schon vor dem Termin an der Zentrale waren. Möge es in Zukunft so bleiben. In Rechtschäftssachen wurden 35 mündliche und fünf schriftliche Urteile erteilt. Außerdem wurden neun Eingaben ge-

macht, teils Gesuche und teils Berufungen. Vor dem Gewerbegericht sind drei Vertretungen zu verzeichnen. Soweit sich übersehen läßt, waren nur sechs Rechtschäftsangehörungen erfolglos. Die den Kollegen zugute gekommene Summe beträgt 222,67 M. Der Sekretär referierte im Berichtsjahre in 19 öffentlichen und 52 Mitgliederversammlungen, sechsmal in den Arbeitervereinen, zweimal im Kartell und sechzehnmal in anderen Berufen. Außerdem nahm er teil an 26 Versammlungen, 17 Sitzungen, 8 Konferenzen und 16 Baubesprechungen. Kassenrevisionen wurden zwei vorgenommen. Bei Arbeitgebern, die den Beitrag nicht einhielten, mußte er siebenmal vorstellig werden. Desgleichen leitete er die Wohnbewegungen in Weiden und Sandanborn, welche beide nach einhelligem bzw. eintägigem Streik mit einem vollen Erfolge für die Arbeiter endeten. Zur Belebung der Agitation wurden im Verlaufe des Jahres drei Flugblätter herausgegeben. Die Kassenverhältnisse gestalteten sich wie folgt: Insgesamt wurden vereinnahmt 7138,79 M. Davon für die Zentralkasse 4437,28 M. und für die Lokalkasse 2701,51 M. Die Mehreinnahme an Beiträgen gegenüber dem Vorjahre beträgt 583,85 M. An Unterstützungen wurden ausgezahlt: Für Rechtschäft 70,68 M., für Krankenunterstützung 449,85 M., für Arbeitsunterstützung 64 M., Gemäßregelten-Unterstützung 48,50 M., Streikunterstützung 55,65 M., zusammen 685,68 M. An die Zentrale wurden gesandt in bar 3748,60 M. Die Ausgaben für die Lokalkasse betrugen 2369,20 M.; bleibt ein Bestand von 332,31 M. War das Jahr 1910 vorwiegend ein Kampfsjahr um unsere wirtschaftlichen Interessen, so brachte uns das Berichtsjahr nicht minder schwere, ja noch viel heißere Kämpfe für unsere christliche Ueberzeugung. Wie unsere Kollegen für diese Kämpfe, welche große Opfer sie brachten, läßt sich nicht in Worte kleiden. Wenn nicht alle Anzeichen trügen, werden uns diese Kämpfe auch in Zukunft nicht erspart bleiben. Doch sie werden uns nicht schaden können, wenn wir einig bleiben wie bisher. Bester Dank sei allen Kollegen, die uns im vergangenen Jahre unterstützten. Möchten sich ihrer in Zukunft noch mehr finden. Bewußt, die Arbeit ist eine schwere. Aber angesichts unserer Ideale, für die wir arbeiten, dürfen wir stolz darauf sein, christlich organisierte Arbeiter in Nürnberg zu sein.

Nordhorn: Auch hier haben die Kollegen nach fast vierjährigem Schlaf sich wieder auf die Organisation besonnen und hat sich ein Teil derselben unserem Verbande angeschlossen. Schon 1907 hatten wir 57 Kollegen, die nachher, obwohl ihnen von den Unternehmern damals keinerlei Schwierigkeiten gemacht wurden, in unbegreiflicher Kurzsichtigkeit dem Verbande 1908 den Rücken fehrten. Jedoch wird jetzt von den Unternehmern alles versucht, die Organisation schon im Keime zu ersticken. Sie haben sich vereinigt und beschlossen, jeden, der in der Organisation einen Vertrauensposten übernimmt oder agitatorisch tätig ist, zu entlassen und dann in keinem Geschäft wieder einzustellen. Durch dieses Vorgehen denkt man es zu ermöglichen, ein weiteres Vordringen des Verbandes zu verhindern. Mühen wird dieses nichts, da sofort eine Anzahl Kollegen einer Nachbarzahlstelle sich bereit erklärten, in Nordhorn jeden Sonntag die Hausagitation zu besorgen und dabei zur Gewinnung neuer Mitglieder eine fräftige Hausagitation zu betreiben. Wenn die Kollegen, welche schon Mitglieder sind, treu zur Fahne des Verbandes halten und die Tätigkeit der Kollegen aus den Nachbarorten ebenfalls erfolgreich ist, so wird bei der guten Konjunktur es bald möglich sein, den Unternehmern den Beweis zu liefern, daß mit brutaler Gewalt auch wir uns nicht mehr unser Koalitionsrecht (Bereinigungsgerecht) nehmen lassen, sondern uns dagegen zu wehren wissen. Gerade dieser Kampf der Unternehmer beweist mehr als alle Worte den ungeheuer großen Wert des christlichen Bauarbeiterverbandes. Sie fürchten, nicht mehr wie jetzt, uns mit 15-20 Pfenniglohn absperrn zu können, als die fremden Bauarbeiter.

Dhlig. Am 16. März hielt unsere Zahlstelle ihre diesjährige Generalversammlung ab. Auf der Tagesordnung stand: 1. Kassenbericht, 2. Vorstandswahl, 3. Verschiedenes, 4. Lokalfrage. Der Kassenbericht ergab eine Einnahme von 476,70 M. und eine Ausgabe von 59,46 M. Die Mitgliederzahl betrug durchschnittlich 25 Mann. Die Vorstandswahl ergab folgendes: 1. Vorsitzender B. Bollmar, 2. Vorsitzender J. Siebertz, 1. Kassierer W. Ort, 2. Kassierer A. Staat, 1. Schriftführer G. Stahl, 2. Schriftführer J. Becker. Zu „Verschiedenes“ gab Kollege G. Hermann einen kurzen Bericht von der Kartellversammlung. Dann ermahnte der Vorsitzende die Kollegen, sich eifrig an der Frühjahrssagitation zu beteiligen. Als Versammlungslokal wurde das jetzige Lokal in Bergewald. Um 11 1/2 Uhr schloß der Vorsitzende mit einem dreifachen Hoch auf den Zentralverband christlicher Bauarbeiter die gut besuchte Versammlung.

Ortelshorn (Distr.). Zwecks Gründung einer Zahlstelle fand hier am Sonntag, den 31. März, im Lokale des Herrn Konopka eine Versammlung statt, zu der die Kollegen von Ortelshorn recht zahlreich erschienen waren. Kollege Jöller aus Alsenstein war als Referent erschienen. In eingehender Weise schilderte der Redner die Notwendigkeit und den Nutzen der Organisation. Besonders wies der Redner hin auf die Erfolge, welche sich die deutsche Bauarbeiterschaft durch ihre Organisation erworben hat und forderte die Anwesenden auf, sich dem Zentralverband christlicher Bauarbeiter anzuschließen. Die Kollegen, welche mit gespannter Aufmerksamkeit den Ausführungen des Redners gefolgt waren, kamen dieser Aufforderung auch sofort nach. Nachdem 60 Kollegen ihren Beitritt erklärt hatten, wurde zur Vorstandswahl geschritten. Aus derselben gingen hervor: Kollege Magosch als erster, Kollege August Döschner als zweiter Vorsitzender; Gottlieb Rosowski als erster, Wilhelm Konopka als zweiter Kassierer; Friedrich Floggi als erster, Eugen Rodius als zweiter Schriftführer; Gustav Franke und Adolf Schwarz als Revisoren. Kollegen von Ortelshorn sind jetzt haben wir uns eine Organisation geschaffen, die auch in der Lage ist, die traurigen Lohn- und Arbeits-

berhältnisse hier am Orte zu verbessern. Unsere Aufgabe ist es, jetzt die Organisation weiter auszubauen und zu festigen. Noch sind nicht alle Berufscollegen hier an die Organisation, viele stehen noch abseits, diese für unsere Organisation zu gewinnen, muß die wichtigste Aufgabe der organisierten Kollegen sein.

Wirtens (Hatz). Am 20. März hielt die Kasse der Arbeiter Wirtens ihre diesjährige Generalversammlung ab. Der Vorsitzende gab bekannt, daß ihm vom Oberrat der Tischler-Innung der Antrag gestellt sei, eine Ergänzungswahl des Abgestammten-Ausschusses der Prüfungsgesellen und deren Beiträge vorzunehmen. Da die christlich organisierten Arbeiter fast sämtlich bei Prüfungsgesellen arbeiten, wurden auch sämtliche Funktionen im Abgestammten-Ausschuss, sowie der Prüfungsgesellen von unseren Kollegen besetzt. In der Wahl hatte sich auch ein Kollege der „freien“ Arbeiter, der bei einem Tischlermeister arbeitet, eingefunden. Derselbe enthielt sich jedoch der Abstimmung. Bevor wir nach dieser Wahl in unsere Tagesordnung eintraten, forderte der Vorsitzende diejenigen Kollegen, welche nicht zu uns gehören, auf, das Stillsitzen zu verlassen, worüber der erschienenen Genosse ein langes Gesicht zog und sich anfänglich weigerte, dem nachzukommen. Als erster Punkt erfolgte die Wahl des Vorstandes. Als Vorsitzender wurde gewählt Scheil Ludwig, als Kassierer Hans Michael, als Schriftführer Simon Christian, als Kassier Hermann Heinrich und Heinrich Sattler. Zum zweiten Punkt, „Die Lage im Bauergewerbe“, sprach unser Bezirksleiter, Kollege Kurtum-Saarbrücken. Herr Kurtum wies besonders auf die Rücklagen im Unternehmertum hin. Er wies auf unsere sich hieraus ergebenden Pflichten hin. Zum Schlusse forderte Kollege Scheil zu recht eifriger Agitation auf, was die Kollegen begeistert versprochen.

Dachbedeker.

Der sozialdemokratische Dachbedekerverband, der in der Woche vom 14.—21. April in Käruberg seinen Verbandstag abhielt, beschloß mit Rücksicht auf die nächstjährige Tarif-erneuerung, einen in vier Klassen abgestuften Extrabetrag von 20—30 Pf. pro Woche auf die Dauer von 25 Wochen (in der Zeit vom 1. Mai bis 20. Oktober) zu erheben. Wir kommen auf die Generalversammlung wohl eingehend zurück.

Stattatene und Gypser.

Die Berliner Statuten befinden sich seit dem 1. April im Streit. Der bestehende Tarif ist am 31. März abgelaufen. Die Statuten fordern die achtstündige Arbeitszeit, gegen 1 1/2 Stunden bisher, die bereits zwölf Jahre so gewesen ist. Der Minimallohn sollte von 7,50 auf 8 Mark erhöht werden. Die Arbeitgeber leugnen die Verkürzung der Arbeitszeit ab, samt dem Minimallohn sollte ein Maximallohn festgesetzt werden, auch sollte die hässliche Regelung der Arbeitszeiten unterbleiben. Ferner sollen die Statuten nur bei Firmen arbeiten, die beim Vertragsabschluss dem Tarifvertrage beitreten, bzw. nachträglich durch schriftliche Erklärung unter Zustimmung der in Betracht kommenden Organisationen beitreten. Die Verhandlungen vor dem Einigungsamt zerlegten sich, wobei die Arbeitszeitverteilung erfolgte. Interessieren dürfte, daß die Fager Berlins die achtstündige Arbeitszeit bereits seit fast zwei Jahren haben.

Jahresberichte der Bezirke.

Bezirk Kattowitz. Wenn wir die Bilanz ziehen in diesem Bezirk für das Jahr 1911 nach alle Schwierigkeiten in Rechnung stellen, so kann unser Gebiet so reichlich keine Bilanz sein, denn auch diesem unfürstlichen, so doch einem beschreibenden Abschluß fähigen. Im vorletzten Jahr war, insbesondere in der ersten Hälfte des Jahres, die Bauwirtschaft eine gute Gewinnsache auch die größten Bereiche gegeben, wo die Bauwirtschaft sich vor- an der Spitze, daß im allgemeinen reger wurde, wird trotzdem nicht geändert. In dem Industriegebiet ist die Bauwirtschaft im hohen Maße von dem Geschäftsgang der Industrie abhängig. Eine langsame Erholung der schweren Industrie in Oberschlesien kann wohl festgestellt werden, und am Ende des Jahres hatte es den Anschein, als sollte wieder eine Hochkonjunktur beginnen. Die oberirdische Industrie hat seit Jahren mit Schwierigkeiten zu kämpfen. Der Bergbau nach England und Deutschland ist durch verschiedene Gründe erschwert, und auch die großen Stätten des Reiches können für unsern Bezirk in Betracht kommen. Auch kann der Grundbesitz durch die geringe Ertragsberechnung herabgesetzt wurde, ist auch der Bergbau, die Industrie der Berg- und Hüttenindustrie und auch die Bauwirtschaft mit Schwierigkeiten zu kämpfen. Eine große Anzahl von Firmen werden aufgehoben, die auch schon eine große Anzahl Arbeiter entlassen haben, für die auch die Lösung der sozialen Probleme schwer werden werden. Dieser haben die Arbeiter in Kattowitz ein großes Interesse, und auch die Arbeitervereine in Kattowitz sind in der Lage, diese Probleme zu lösen.

auf 18 272 Mk. Eine der wichtigsten Aufgaben werden wir für die Zukunft darin zu ermitteln haben, die einmütig gewonnenen Mitglieder zu halten. Sonst muß jedes Jahr eine große Arbeit umhüllt geleistet werden. Eine Durchbildung derartige Eintragslegen ist natürlich auch ausgedehnt. Bei Lohnbewegungen sind diese Leute unbeholfen, sie wissen in den einfachen Dingen keinen Rat und da sie nicht gewohnt sind, Opfer zu bringen, machen sie der Organisation große Schwierigkeiten. Alle Zahlstellenvorstände, ebenso die Vertrauensleute, müssen zunächst darauf bedacht sein, die Mitglieder richtig und pünktlich zu besorgen und dann erst bestrebt sein, neue Mitglieder zu erwerben. Uns fehlt es in der Agitation an führenden Kollegen, und ein großer Mangel macht sich fühlbar an rednerischen Kräften. Mit der Besorgung der Kassenverhältnisse ist im letzten Jahr in unserem Bezirk eine Besserung eingetreten. Es muß aber noch wie vor darauf großes Gewicht gelegt werden; die Beiträge pünktlich zu lassen und am Quartalsabschluss die Abrechnung zu machen. Die Kollegen in den Zahlstellen sollten nach Quartalsabschluss ihren Kassierer fragen, ob die Abrechnung gemacht sei, und welche Gründe vorliegen, die die Fertigstellung der Abrechnung verhindern.

Lohnbewegungen von größerem Umfang waren im Berichtsjahr nicht zu verzeichnen. In Neustadt (D.-Sch.) gelang es, durch einige Bauherrn einen Lohnantrag abzuschließen und die Löhne von 29 und 30 Pf. auf 35 Pf. pro Stunde zu erhöhen. Es war in Neustadt deshalb in den Jahren so schwer, zu einem Tarifvertrag zu gelangen, weil sich die Bevölkerung in dieser Stadt nicht vermehrt hat und daher auch die Bautätigkeit schlecht ist. In Reibe kam es zu Bauherrn, weil der Arbeitgeberverband sich seit zwei Jahren weigert, für die Bauhilfsarbeiter einen Tarifvertrag abzuschließen. Der Stundenlohn steht 14 bis 15 Pf. unter den festgesetzten Löhnen der Maurer und Zimmerer. Leider gelang es nicht, den Tarif durchzubringen. Es hat sich auch hier wieder gezeigt, daß man mit ungelerten Arbeitern nicht so leicht Erfolge erzielen kann als mit gelerten, weil ungelernete Arbeitskräfte sich in genügender Zahl einfinden. Und erst recht schwierig ist es, wenn die gelernen Arbeiter, durch den Tarifvertrag gebunden, die Arbeit fortsetzen müssen und die ungelerten den Kampf führen sollen. Die Reibe Bauherren wollten noch einmal beweisen, wie wenig soziale Verständnis sie haben und wie wenig ihnen an Tarifverträgen liegt, wenn nicht starke Organisationen dahinter stehen.

Ein heißer Kampf spielte sich noch einmal im Industriegebiet ab um die Festsetzung der Lohnhöhe 1912/13. Das Zentral-Schiedsgericht erklärte sich für unzuständig und wies die Angelegenheit an die zweite Instanz zurück. Wohl hatten wir seit Jahren eine zweite Instanz auf dem Papier, die natürlich nie zusammengetreten war. Die Zusammenetzung des Schiedsgerichts verursacht große Schwierigkeiten. Der Vorsitzende war im Tarif bestimmt, die Reibe der Tarif nach auch keine Klarheit herrschte darüber, ob die Reibe den interessierten Parteien entnommen werden sollten und das Schiedsgericht unter einem unparteiischen Vorsitzenden zusammenzutreten sollte. Weil die Dinge so weit waren, wurden wir zu einer Besprechung zum Vorsitzenden des Schiedsgerichts, zu dem Oberbürgermeister der Stadt Kattowitz, eingeladen. Unsere Genossen versicherten es, sich einen Mitgleiter zu verschaffen, und so wurde denn gleich das Gerücht verbreitet, „Der Bezirksleiter der Christlichen hat die Bauarbeiter verschwand; es wird nichts mehr dabei herauskommen.“ Die erforderliche Antwort bekamen die Genossen in Verhandlungen und Flugblättern. Die Lohnfrage wurde dann nach Zusammenetzung des Schiedsgerichts damit erledigt, daß von diesem ein Berichtsvorschlag von 49 Pf. Stundenlohn für das letzte Vertragsjahr gemacht wurde. Wir haben somit in der Vertragszeit eine Lohnerhöhung von 6 Pf. von 1910—1913 durchgesetzt.

Dies ist an Auseinandersetzungen mit gegnerischen Organisationen nicht fehlte, ist selbstverständlich. Der Kampf mit den Genossen wurde aus einem Grunde schon angeordnet. Es wurde der Kampf auch auf die letzten großen Schritte ausgedehnt, da ja heute alle großen Fragen in den Volkswirtschaften ihren Widerhall finden. Wir sind uns bewusst, was wir auch tun, die Genossen werden uns hoch bekämpfen. Andererseits kann uns der Kampf nicht einschüchtern, im Gegenteil, wir glauben, daß im heißen Kampf erst eine Klärung und Schöpfung der grundsätzlichen Fragen möglich ist. Wir bekämpfen daher die Auseinandersetzung mit der Sozialdemokratie nicht, was wir verzeihen müssen, daß sie jene klärende und hinterlistige Art, die gleich der falschen Schlange ihren Gegner überfällt. Tüge und Verleumdung, unehrliche Verdächtigungen und Demagogie, das sind die Waffen, die gegen uns gemacht werden. Die größte Sorge ist deshalb immer erforderlich.

Der Kampf mit „Eis Berlin“ reißt ja in den letzten Jahren nicht nach. In unserem Gebiet ist für Jahre zugeht wie Gehe gegen die christlichen Gewerkschaften entfallen werden. Persönlich ist im Berichtsjahr gegen uns in der gewöhnlichen Weise gehandelt worden. Es ist den Kollegen in Brandenburg nicht bekannt, daß sich seit einigen Jahren in Berlin ein der Arbeiter ein „unabhängiges Komitee“ für die „richtige“ Gewerkschaftstheorie gebildet hat. Wir haben in Oberschlesien mehrere Hauptstellen für „richtige“ Gewerkschaftstheorie. Eine Hauptstelle befindet sich in Ratibor in der „Oberschlesischen Bauwirtschaft“. Dieses Blatt wird von einem „Berliner“ Arbeiter geleitet und von anderen inspiriert. Wir behaupten nicht, daß wir, wenn wir die Sache verstehen, die Hauptstelle von „Eis Berlin“ haben, jedoch für Arbeiter, die hier in Kattowitz arbeiten, ist es sehr wichtig, daß wir diese Hauptstelle in Kattowitz haben. Wir haben diese Hauptstelle in Kattowitz, die auch die Arbeiter in Kattowitz inspiriert. Wir behaupten nicht, daß wir, wenn wir die Sache verstehen, die Hauptstelle von „Eis Berlin“ haben, jedoch für Arbeiter, die hier in Kattowitz arbeiten, ist es sehr wichtig, daß wir diese Hauptstelle in Kattowitz haben. Wir haben diese Hauptstelle in Kattowitz, die auch die Arbeiter in Kattowitz inspiriert.

Das Kolonialministerium anderer zu Gerichte fassen. Es wandert uns nicht, wenn „Der Arbeiter“ vor kurzer Zeit die christlichen Gewerkschaftsleiter als unfähige Menschen hinstellte. Das macht alles der große Dumfel, in dem diese Leute leben. Und so schlau sind auch die Angestellten der christlichen Gewerkschaften nicht wie die von „Eis Berlin“, denn über Moral und Dogmatik lassen wir die Fachgelehrten urteilen. „Eis Berlin“ und seine Anhänger sind auch besonders hell erleuchtet. Herr Bull, der sich während acht Jahre in die Schule und Kirche gegangen zu sein, hat auch die Zensur über katholische Theologieprofessoren. Das Blatt in Ratibor hat natürlich das besondere Recht, andere Leute zu verdächtigen, die christlichen Gewerkschaften sind ja vogelfrei. Nach jeder Agitation, die wir im Ratiborer Bezirk unternehmen, werden uns drei Beiträger gewidmet. Das ist doch wohl ein Beweis, daß die christlichen Gewerkschaften sich einer großen Bedeutung bei „Eis Berlin“ erfreuen. Im vergangenen Sommer glaubte das von „Eis Berlin“ in Ratibor redigiertere Blatt uns ein Bein stellen zu können, indem eine ausfällige Rede verbreitet wurde. Von „Lübbingern“, „Kritik“ und „Biegenbauern“ sollten wir getroffen haben. Diese Rede hat „Eis Berlin“ in seiner großen „Wahrheitsliebe“ von A bis Z erfunden. So genau konnten wir „Eis Berlin“ doch nicht, daß wir wissen konnten, er organisierte auch „Lübbingern“, „Kritik“ und „Biegenbauern“, wir haben aber pflüchtduldißigen Kenntnis genommen. Wenn das Blatt aber glaubt, gefährliche Angriffe könnten unsere Agitation im Ratiborer Bezirk verhindern, dann wird es doch noch manche Enttäuschung erleben. Im übrigen imponiert uns eine Bewegung nicht, die die Öffentlichkeit über ihre Mitgliederzahlen täuschen muß und seit Jahren über ihre „großartigen“ Kassenverhältnisse sich in Schweigen hüllt. Die Autoritäten von „Eis Berlin“ erkennen wir nicht an, sie haben weder ihren Auftrag nachgewiesen, noch etwas geleistet, was Autorität verschaffen könnte. Wäre es nicht notwendig, von Zeit zu Zeit Schwierigkeiten zurückzuweisen, dann hätten wir Bauarbeiter keine Veranlassung, uns mit einer Bewegung zu befassen, deren Einfluß auf gewerkschaftlichem Gebiete gleich Null ist.

Die Bildungsbestrebungen zu fördern, ist in unserem Bezirk nicht leicht. Wir haben versucht, Unterrichtskurse im Industriegebiet abzuhalten, die aber mit großen Schwierigkeiten verbunden sind. Ein größerer Erfolg wurde im letzten Winter erreicht durch einen Unterrichtskursus auf dem Lande. Er war von 45 Kollegen besucht, die große Opfer dabei gebracht haben. Hier wird in Zukunft weiter gearbeitet werden müssen. Ueber die Einhaltung der Tarifverträge ließe sich manches sagen. Die Haupt Schwierigkeit liegt in dem Mangel strenger Organisation. Je besser die Organisation ausgebaut wird, desto leichter die Durchführung der Tarifverträge. Dasselbe gilt für den Bauarbeiterkampf. So lange auf den Bauten nicht auf Ordnung gesehen wird, kann auf eine durchgreifende Besserung nicht gerechnet werden.

An Arbeit toted es auch in den nächsten Jahren nicht fehlen, denn an Unorganisierten ist kein Mangel. Allen Vorstandsmittgliedern und Vertrauensleuten sei für ihre schwierige Arbeit hiermit der Dank abgestattet. Gemeinsam an der Erhaltung und dem Ausbau des Verbandes zu arbeiten, wird unsere Aufgabe in der Zukunft sein müssen. Ausdauerndes Arbeiten und einschließliches Bollwerk verbunden mit festem Vertrauen an die gute Sache, ist für uns notwendig. Dann werden wir allen Gewalttätigen zum Trost uns erhalten und weitere Erfolge erringen.

Franz Ehrhardt, Kattowitz, Deutscher 2.

Herr Josef Lübbing läuft zum Rad.

Unsere Leser werden sich der Zurechtweisung erinnern, die wir dem Gauleiter des „freien“ Bauarbeiterverbandes für Königshagen, Herrn Josef Lübbing, in Nr. 12 des „Bauergewerkschaft“ teilen werden ließen. Arab hat sich der Mann sehr ergrimmt und ist zum — Stadt gelaufen, was uns natürlich herzlich gleichgültig ist. Denn wir gaben ihm ja nur die Antwort auf folgende Anstiftung in Nr. 11 des „Grundstein“. Er schrieb dort in einem Potemkin gegen uns: „Wenn wir in unseren Flugblättern und Versammlungen dem Zentrumsverband nicht erwähnen, auch auf nichts würdige Angriffe in den Flugblättern des Zentrumsverbandes, wie zum Beispiel in dem diesmaligen Winterflugblatt, nicht antworten, so hat das keine guten Gründe. Die Zusammenhänge der wirtschaftlichen und politischen Interessen der Arbeiterklasse sind den Agitatoren des Zentrumsverbandes mit verschwindend wenig Ausnahmen ein Buch mit sieben Siegeln, ebenso wie aus diesen Zusammenhängen sich ergebende grundsätzliche Stellung der modernen Arbeiterbewegung mit dem Ziel der Befreiung des kapitalistischen Privateigentums an den Produktionsmitteln und Überführung derselben in den Besitz der Gesellschaft. Aus diesem Grunde ist jede Auseinandersetzung mit dem zentrumsgewerkschaftlichen Duppentagiatoren unfruchtbar. Ihre Kampfmittel gegen uns beziehen diese Leute gleich in Wasser und ver in Arbeitertreffen berüchtigten München-Waldacher Büttenfabrik; eigenen Wissen ist bei ihnen so leicht wie eine Dose in der Wüste. Mit den Mitteln der Tüge und Verleumdung ist seit Jahren gegen uns im Osten von den Zentrumsgewerkschaften gearbeitet worden. Das brutale Mittel des „legalen“ Ferkorns mußte in Oberschlesien, Braunsberg und Kattowitz jahrelang beherrschen, um überhaupt Sozialdemokratie in der Zentrumswelt zu pflanzen, wollten sie nicht an Hungernach legen. Diese Zeit der Schmach ist endlich von unseren Kollegen genommen. Tüge und Verleumdung liegen beiseite am Boden. Die Wahrheit, so werden auch die Deutschen Bauarbeiterverband, ob hier noch die Haupt, und die wird das Feld behaupten.“

trop aller Kleinlichen Bekämpfung durch ihre Gegner. Daher die Wut der Zentrumschriften.

Herr Lübbing mußte wissen, daß zu den „Agitatoren des Zentrumsverbandes“ auch der Redakteur der „Baugewerkschaft“ gehört. Er mußte weiter wissen, daß er, wenn er solche schwerwiegende und unwahre Angriffe, wie z. B. der vom „Zentrumsverband“ gegen uns erhebt, er eine entsprechende Antwort erhält, und wenn er deshalb zum Kabi läuft, wir ihm unsere Gegenrechnung in aller Form präsentieren. Und nicht allein die Redaktion der „Baugewerkschaft“, sondern es fühlen sich noch mehr „Agitatoren des Zentrumsverbandes“ durch die Angriffe beleidigt. Herr Lübbing mag sich also darauf einrichten.

Herr Lübbing, der in seinem Angriff gegen uns so schön von dem „brutalen Mittel des „legalen Terrors“ redet, hätte nicht nur Veranlassung, gerade in dieser Beziehung sehr vorsichtig zu sein, sondern auch in Königsberg seine Mitglieder dazu zu erziehen, daß sie nicht selbst seit täglich den „legalen Terror“ gegen unsere Mitglieder ausüben. Denn soeben berichtet wieder die bürgerliche Tagespresse:

„Sozialdemokratischer Terrorismus in Königsberg.“ Aus Königsberg schreibt man uns: Der sozialdemokratische Terrorismus im Königsberger Baugewerbe treibt immer tollere Missetaten. Auf einem Neubau in der Albrechtstraße arbeiten seit Dienstag morgen mehrere christlich organisierte Maurer, w. u. die Baustelle am Montag von dem sozialdemokratischen Gewerkschaftsbeamten Kriese gesperrt war. Die Sperre wurde deshalb verhängt, weil dort einige Maurer arbeiteten, welche sich der sozialdemokratischen Zwangsherrschaft nicht fügen wollten. Als nun die christlich organisierten Maurer am Dienstagabend den Heimweg antraten, und hierauf die elektrische Bahn benutzten, wurden sie von etwa 12 sozialdemokratischen Maurern und Arbeitern, die auf den in der Nähe liegenden Bauten beschäftigt waren, verfolgt. Am Steindammer Tor stiegen die christlichen Maurer aus. Die sozialdemokratischen folgten und überfielen sofort die christlichen Maurer und schlugen mit scharfen Gegenständen auf sie ein, so daß sich einer davon in ärztliche Behandlung begeben mußte. Einzig allein die Erziehung, welche im sozialdemokratischen Parteiverbande gelehrt wird, ist es, welche solche Missetaten zutage fördert, nach dem Grundsatze: „Und willst du nicht mein Bruder sein, so schlag ich dir den Schädel ein.“ Hoffentlich gelingt es, die Täter festzustellen und sie vor Gericht für ihre Gewalttätigkeiten zur Rechenschaft zu ziehen.“

Hier hat Herr Lübbing eine Aufgabe. Statt daß er solche Akte zu beschönigen oder abzustreiten versucht, wie wir ihm das voriges Jahr an Hand des Protokolls der Schlichtungskommission nachweisen mußten, sollte er seine Mitglieder zur Duldbarkeit erziehen. Davon haben wir bisher nichts bemerkt, was uns nach seiner Vergangenheit auch gar nicht wundern. Kann ja, die Früchte wird auch er ernten.

Aus der deutschen Gewerkschaftsbewegung.

Eine Ausschussitzung des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften fand am 2. und 3. April in Düsseldorf statt. Die Redakteure der christlichen Gewerkschaftszeitung und die Beamten des Gesamtverbandes nahmen ebenfalls an den Verhandlungen teil. Der Bericht des Vorstandes befaßte sich eingehender mit den Begleiterscheinungen des letzten Reichstagswahlkampfes und der durch das Wahlergebnis geschaffenen Situation. Es wurde, sowohl im Bericht wie in der späteren Diskussion, hervorgehoben, daß der Wahlausfall für die christlich-nationale Arbeiterbewegung eine günstige Allgemeinmeinung erzeugt habe, die in der Vorbearbeit entsprechend auszunutzen sei. Die schwereren Kämpfe der letzten Zeit hätten ebenfalls befruchtend auf die Vorbearbeit für die christlichen Berufsorganisationen eingewirkt, wenn die Situation nur richtig ausgenutzt würde.

Drei Verbände hätten in der Berichtszeit außerordentlich schwere Kämpfe auskämpfen müssen. Der Durenbergbund gegen den sozialdemokratischen Buchhändlerverband, der mit allen erdenklichen terroristischen Machtmitteln die Monarchie in der Gewerbe erstrebe; der Tabakarbeiterverband bei den Massenarrestierungen am Niederrhein und gleich nachher in Belgien; endlich der Gewerksverein christlicher Bergarbeiter bei der Bewegung im Ruhrgebiet. Letztere nahen einen breiten Raum des Berichts wie der nachfolgenden Verhandlungen in Anspruch. Einmütig kam die Ansicht zum Ausdruck, daß der Gewerksverein christlicher Bergarbeiter im wohlwollenden Interesse der Arbeiter wie der Gewerkschaftsbewegung nicht anders handeln konnte, wie er getan, und daß er den bedeutungsvollen Entscheidungskampf um seine Selbstständigkeit wie die Unabhängigkeit der gesamten christlichen Gewerkschaftsbewegung mit Ehren bestanden habe. Den Führern wie Mitgliedern des Gewerksvereins wurde in der Ausschussitzung noch verbrieft Dank und rückhaltlose Anerkennung ausgesprochen.

Die Arbeitsmarktforschung unter besonderer Berücksichtigung der paritätischen Facharbeit nachweise wurde als besonderer Gegenstand der Tagesordnung sehr eingehend behandelt. Referent war Kollege Kurtzsch, der in seinem auf der Praxis stehenden Vortrag ein interessantes Bild der Arbeitsnachfrage im Rahmen der gewerkschaftlichen Arbeit zeichnete und der nachfolgenden Diskussion eine breite Unterlage schuf. Referat und Ausdrücke zeigten, welche große Bedeutung dieser Frage auch der Gewerkschaften beizumessen, aber auch wie wichtig sie zu lösen ist. Der Vorstand des Gesamtverbandes wurde beauftragt, die Angelegenheit genau zu verfolgen, Material zu sammeln und später mit entsprechenden Vorschlägen an die Öffentlichkeit zu treten. Neben dem Gewerkschaftsversicherungsgesetz hielt

Herr Dietl. M. Glashach einen übersichtlichen Vortrag. Die nachfolgende Aussprache befaßte sich in der Hauptsache mit der Frage, wie sich der bestehende Unterstufungsfonds für die Beamten der christlichen Arbeiterbewegung auf Grund des neuen Gesetzes zu gestalten habe. Endgültiges läßt sich darüber nicht entscheiden, bis die Ausführungsbestimmungen der neuen Reichsversicherung für Privatbeamte vorliegen.

Zum Schluß befaßte sich die Ausschussitzung mit dem nächsten christlichen Gewerkschaftstongress, der im laufenden Jahre stattfinden soll. Den genauen Termin wie den Ort und die Tagesordnung zu bestimmen, wurde dem Vorstand des Gesamtverbandes überlassen.

Aus Arbeitgeberverbänden.

Der Ernst der Stunde . . . Rüssen, rüsten und immer wieder rüsten, so Klingt's, ja sieber's förmlich aus allen Lebensäußerungen des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe. Zwar ist man ängstlich bemüht, dieses der Öffentlichkeit gegenüber zu verheimlichen, desto eifriger aber wird hinter den Kulissen gearbeitet. Auch jetzt wieder arbeitet der Bund mit Geheimzirkularen. Wir geben im Nachstehenden ein solches wieder, das mit aller nur wünschenswerten Deutlichkeit unseren Kollegen zeigt, was die Stunde schlägt.

Deutscher Arbeitgeberbund für das Baugewerbe. Geschäftsamt: Berlin W 9, Rindstr. 32.

Berlin, den 6. April 1912.

An die Bezirks-, Landes- und Provinzialverbände sowie die dem Bunde unmittelbar angeschlossenen Ortsverbände.

1. Gewinnung neuer Mitglieder. Wie den Bezirksverbänden usw. aus den zur Verwendung im neuen Mitgliederverzeichnis des Bundes eingereichten Nachweisungen selbst bekannt ist, ist der Mitgliederbestand im vergangenen Jahre zurückgegangen. Es muß mit allen Kräften dahin gestrebt werden, daß im Jahre 1912 nicht nur der vorjährige Mitgliederbestand wieder erreicht, sondern noch wesentlich erhöht wird; denn die kommenden Verhandlungen mit den Gewerkschaften infolge Ablaufs der Tarifverträge im März 1913 erfordern einen starken Bund. Wo die Reihen der selbständigen Baugewerbetreibenden 1913 nicht geschlossen sind, dort müßt auch das Zusammenhalten einer größeren Anzahl von Arbeitgebern nicht viel, je mehr Außenstehende an einem Orte sind, um so leichteres Spiel haben die in den letzten Jahren wieder mächtig erstarkten Arbeitergewerkschaften. Die Gewinnung neuer persönlicher Mitglieder ist zwar in erster Linie Aufgabe der Ortsverbände, aber die Bezirksverbände, deren Vorsitzende und Geschäftsführer müssen die Ortsverbände sorgfältig zu lebhafter Werbung anregen. Den Bezirksverbänden wird empfohlen, für das Jahr 1912 einen besonderen Werbeplan aufzustellen. Dem Bundesvorstand ist es erwünscht, die Meinung der Bezirksverbände darüber zu erfahren, ob sie sich von der Anstellung eines besonderen Werbebeamten des Bundes, der die einzelnen Bezirke nacheinander zu bereisen und im Falle gemeinsam mit dem Bezirksverbandsvorsitzenden in den einzelnen Orten Vorträge zu halten haben würde, Erfolge versprechen, oder ob sich im Bezirk selbst geeignete Kräfte — am besten beredete Berufsgenossen — zu diesem Zweck vorfinden. Baldigen Zeugnissen hierzu sieht der Bundesvorstand entgegen. Er wird dann im Falle in der nächsten Sitzung die Anstellung eines Bundeswerbers in Erwägung ziehen.

2. Die Beschlüsse der letzten Hauptversammlung des Bundes sind den Bezirksverbänden usw. am 29. März dieses Jahres gedruckt übersandt worden. Es wird hierzu noch bemerkt:

a) Infolge der laut Beschluß 8 genehmigten Satzungsänderungen ist ein Neudruck der Satzungen (Ausgabe 1912) notwendig geworden. Die Verbände erhalten die erforderlichen Druckexemplare erst, nachdem die Eintragung der Aenderung in das Vereinsregister erfolgt ist.

b) Im Beschluß 9 ist vorgeschrieben, daß sämtliche dem Betonbau-Arbeitgeberverband für Deutschland angehörenden Betonfirmen am Orte ihrer Niederlassung Mitglied des hiesigen zuständigen Verbandes des Bundes werden müssen. Die Bezirksverbände usw. werden ersucht, dem Vorstand am 15. Mai dieses Jahres zu berichten, ob dieser Vorschrift überall nachgekommen worden ist. Auf die im Beschluß 9 ausgeführten, den Verbänden aus dem Statut des Betonbau-Arbeitgeberverbandes für Deutschland in den Deutschen Arbeitgeberbund für das Baugewerbe erwachsenden Pflichten wird noch besonders hingewiesen.

c) Im Beschluß 12 wird den Verbänden nahegelegt, ihre Mitglieder zu veranlassen, auf allen Angeboten, Briefen usw. die sogenannte Streif- und Ansperrungsstempel aufzubringen. Auf Veranlassung des Bundes werden den Verbänden Gummistempel mit dem richtigen Vordruck der Klausel zu mäßigen Preisen in den nächsten Tagen angeboten werden.

3. Förderung der Bauitätigkeit im Sommer 1912. Es wird den Verbänden, in deren Gebiet die Bauitätigkeit im kommenden Sommerhalbjahr ungenügend zu wer-

den verspricht, zur Ermöglichung gegeben, die Behörden, Architekten, Industriellen — im Falle durch die Beitritten — darauf hinzuweisen, daß infolge des Ablaufs der baugewerblichen Tarifverträge im März 1913 möglicherweise mit längeren Arbeitseinstellungen im Sommerhalbjahr 1913 gerechnet werden muß, daß es sich also empfehlen dürfte, die beabsichtigten Bauten schon in diesem Baujahre vorzunehmen.

4. Rückständige Beiratsbeiträge für 1911. In der Sitzung des Bundesvorstandes am 3. März dieses Jahres ist beschlossen worden:

„Jedemweilge Abweichungen von den auf Grund der vorjährigen Hauptversammlungsbeschlüsse im Rundschreiben vom 27. Mai 1911 für die einzelnen Bezirksverbände usw. festgelegten Beiratsbeiträgen für das Jahr 1911 werden nicht genehmigt. Es berechtigen also weder der Austritt einzelner Unterverbände oder sonstige Rückgänge im Mitgliederbestand, noch ungenaue Angaben im Mitgliederverzeichnis vom März 1911 zu einer Kürzung der Beiträge. Alle Reste aus dem Jahre 1911 sind bis spätestens 15. April dieses Jahres einzuzahlen.“

5. Bezirksverbandskarte. Wie den Bezirksverbänden usw. bereits bekannt ist, hat Herr Baumeister Roth-Neugersdorf i. S. eine Karte des Deutschen Reiches in großem Maßstabe angefertigt, in der die Grenzen der Bezirksarbeitsgeberverbände genau eingetragen und die einzelnen Ortsverbände erkenntlich gemacht sind. Die Karte gestattet einen schnellen Überblick über die Ausbreitung des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe und der einzelnen Bezirke, sie ist daher für die Geschäftsstellen der Bezirks- und großen Ortsverbände ein wertvolles Hilfsmittel. Damit mit der Verbreitung bald begonnen werden kann, werden die Bezirksverbände usw. gebeten, dem Geschäftsamt bis Ende dieses Monats mitzuteilen, wieviel Stück der Karte sie beziehen wollen.

Der Vorstand

des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe.

Der Vorsitzende: Enke.

Brauchen wir dem etwas hinzuzufügen? Wir glauben nicht.

Volkswirtschaftliches und Soziales.

Ein Reichswohngezet? Durch die Presse ging in diesen Tagen wieder einmal die Mitteilung, daß im Reichsamt des Innern an einem Reichswohngezet gearbeitet werde und daß die Einbringung eines solchen Gesetzes für die nächste Session zu erwarten sei. Hoffentlich ist diese Mitteilung richtig und es wird ein wesentlicher Anfang mit der Verbesserung der Wohnungsverhältnisse und mit der Vereinheitlichung der für den Wohnungsbau und für die Wohnungsfürsorge geltenden Bestimmungen gemacht.

Trotzdem allgemein bekannt ist, welchen gewaltigen Einfluß die Wohnungsverhältnisse auf das soziale Niveau weiter Kreise der Bevölkerung ausüben, wie die Ausbreitung vieler Krankheiten, besonders der Tuberkulose, die hohe Säuglingssterblichkeit usw. in einem engen Zusammenhang stehen mit der Qualität der Wohnung und mit der Wohnungsbedürftigkeit der Bevölkerung, wie Alkoholismus, Unreinlichkeit, moralische und geistige Degeneration durch schlechte Wohnungen gefördert wird, ist doch die Wohnungsfrage eigentlich seit dem Stieffind der Sozialpolitik gewesen. Dazu kommt noch, daß auf diesem so wichtigen Gebiete eine Uneinheitlichkeit und Verschiedenartigkeit besteht, wie sie wohl auf nicht vielen Gebieten mehr anzutreffen sein wird. Diese Uneinheitlichkeit ist eine notwendige Folge des Umstandes, daß alle Fragen, die mit dem Wohnungswesen zusammenhängen, bisher Sache der Einzelstaaten waren. Über mangelt zwingender Vorschriften in den Einzelstaaten sind auch in den einzelnen Staaten wieder mannigfache Besonderheiten zum Durchbruch gekommen. So sind unzählige Verordnungen, Verfügungen, Bauordnungen, Wohnordnungen, Polizeiverordnungen über das Schlafstellenwesen usw. erlassen worden, ohne daß etwas Eingreifendes geschaffen worden wäre. Die Wohnungsordnung, die in einer Stadt erlassen wurde, war schon im ersten Vorstadthaus ungenügend, und da die schlechtergestellten Bevölkerungsklassen diesoft in die Vororte ziehen, so kam gerade für sie die Verbesserung, die durch eine solche Wohnungsordnung angestrebt war, gar nicht mehr in Betracht.

Schon im Jahre 1904 hatte die preussische Regierung einen Gesetzesentwurf zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse ausgearbeitet. Nachdem damals dieser Entwurf nicht Gesetz geworden war, ist es nur angebracht, wenn auf die Regelung der Wohnungsverhältnisse durch Bundesgesetz verzichtet und dafür ein Reichsgezet vorgeschlagen wird, auch schon deshalb, weil vom Reichstag eine bessere Regelung der Materie erwartet werden kann als vom preussischen Abgeordnetenhaus.

Gerichtliches.

Unerslaubter Boykott. st. Leipzig, 14. April. (Nachdruck verboten.) Daß der Streif und der Boykott an sich nichts Unerslaubtes ist, ist schon bei öfteren dargelegt worden. Nur die bei ihrer Durchführung angewendeten Mittel sind es, die einen wirtschaftlichen Kampf als rechtlich unerslaubt erscheinen lassen und eine

Aus dem Baugewerbe.

(Unter dieser Rubrik finden Bauunfälle, Submissionsergebnisse, technische Neuerungen im Baugewerbe und dergl. Aufnahme. Berichte über Bauunfälle sind so schnell wie möglich einzuwenden.)

Beuthen (Oberfchl.). Unser treuer Kollege Johann Gabrißch fand einen schrecklichen Tod, indem er zerquetscht wurde. Er stand in Arbeit bei der Firma Pirt in Königshütte, welche auch Arbeit in Bergwerken unter Tage ausführt. Unser Kollege war damit beschäftigt, alle Maschinenelemente zu entfernen. Derselben wurden erst von unten unterhöhlt und dann von oben durch Sprengmaterial gesprengt. Der Block, durch welchen der Kollege den Tod fand, hat aller Wahrscheinlichkeit nach schon Sprünge gehabt; denn als Koll. Gabrißch in die neben dem Fundament gemachte Vertiefung hinabstieg, um daselbe noch mehr zu unterhöhlen, löste sich plötzlich ein gewaltiges Stück von dem Ganzen, welches schon bereits ziemlich tief untertraubt, und zerquetschte ihn. Der Tod trat auf der Stelle ein. Dieser Unfall konnte bei nur etwas mehr Vorsicht sehr leicht verhindert werden. Der Fall kann allen, die bei dergleichen gefährlichen Arbeiten beschäftigt sind, eine Mahnung zur Vorsicht sein. Wir bedauern den tragischen Tod des Koll. Gabrißch um so mehr, als er ein eifriges Mitglied gewesen ist, sich in den letzten Jahren eifrig an der Agitation mitbeteiligt hat und auch in diesem Jahr den Posten als Vertrauensmann (vor dem sich viele Kollegen so sehr drücken) hier in Beuthen freiwillig annehmen wollte.

Hann. Am 19. April verunglückte unser Kollege Bernh. Gottmann am Kanalbau an der Eßigsfabrik. Er wollte von einer Absteigung auf die Kanalsohle springen und verlor sich an einem aufrechten Betonkammer am Geschiebesteil.

Hannover. Am Neubau Zündhütchenfabrik in Empelbe bei Hannover verunglückte am 22. April unser Kollege Komader infolge eines Fehltritts. Er stürzte eine Gerüsthöhe herunter und brach zwei Rippen. Er wurde ins Krankenhaus überführt.

Konjunkturansichten für Ostdeutschland. Die Bautätigkeit und damit auch die Arbeitsgelegenheit für die Bauarbeiter dürfte sich für die meisten Gebiete Ostdeutschlands in diesem Jahre einigermaßen befriedigend gestalten. Ueber die Bautätigkeit berichtet die Berliner „Tonindustrie-Zeitung“ im einzelnen wie folgt:

„Spreußen wird für die nächsten Monate dem Baugewerbe allem Anschein nach reiche, lohnende Beschäftigung geben. In Pommern wurde im März bereits reichlich gebaut, da sich ein Wohnungsmangel allmählich fühlbar macht. Auch in Gumbinnen ist die Bautätigkeit in vollem Gange, wie sie in Königsberg gleichzeitig abhaltend vor sich geht. Die günstigen Witterungsverhältnisse erlauben in Jüterburg einen frühzeitigen Beginn der Bautätigkeit, als es sonst der Fall war. In Allenstein erwartet man ebenfalls verschiedene Neubauten.

Nicht ganz so zuversichtlich gestaltete sich die Stimmung aus dem Bauwerke Westpreußens. Trotz recht guten Wetters zeigte sich in Graudenz nur geringe Bautätigkeit, weil viele Wohnungen leer stehen. Dazwischen liegt ebenfalls von besonderem Erscheinen nichts zu berichten. In Elbing beginnt sich die Bautätigkeit allmählich zu regen; auch Marienburg und Zirschau erwarten gute Beschäftigung.

Die Provinz Posen dürfte wahrscheinlich ein gutes Baujahr zu erwarten haben, wenn man nicht die Entwicklung ungesunder Verhältnisse zu befürchten hätte. In Posen selbst wird trotz des erheblichen Ueberschusses von Wohnungen unermindert weitergebaut. Lebhafter, als man es erwartet hatte, setzte die Bautätigkeit in Bromberg ein. Noch unentschieden ist die Lage in Schneidewitz und Hohenzelz. Schreppend entwickelt sich der Baumarkt in Kreuz, und sehr schwach ist der Verkehr in Pilschtein.

Wenig geändert haben sich die Verhältnisse in Schlesien. Besten wird voraussichtlich innerhalb der ge-

wohnten Grenzen Arbeitsgelegenheit bieten. In Pommern wurden die im Februar begonnenen Bauten weitergeführt. Stralsberg und Magd. erhoffen gleichfalls lohnende Beschäftigung, wie sie z. B. in Liegnitz, Ratibor und Beuthen in Aussicht steht. In Beuthen selbst war der Beschäftigung zwar noch vollkommen ruhig; doch reger beschäftigt nur das Land das Baugewerbe.

Bekanntmachungen.

Witten. Zureisende Kollegen mögen sich melden bei Verbandslokal Karl Miedeke, Augustastr. 63, wo ihnen nach Möglichkeit Arbeit nachgewiesen wird.

Freiburg i. B. Die Adresse des Kassierers ist jetzt ab: Theodor Kapp, Lesenstr. 27.

Hamburg. Der 1. Vorsitzende Karl Dieblich wohnt Hamburg 39, Campestr. 30, hochpart. Der Kassierer C. Magosch wohnt Hamburg 5, Bremer Str. 8, IV. E.

Bottrop. Nachstehende Kollegen werden gebeten, ihre Adresse zwecks Zulassung ihrer Mitgliedsbücher an den Vorsitzenden Kollegen W. Redemann, Bottrop, Essener Str. 8, sofort zu melden:

- Konrad Balzer, geboren zu Iffhausen,
- Leo Reith, „ „ Kleinlüder,
- Josef Pustelnik, „ „ Pöschitz,
- Franz Pustelnik, „ „ Pöschitz.

Aufforderung. Der Kollege Georg Schmidt geboren am 23. Dezember 1887 zu Bernhausen, wird ersucht, sein Mitgliedsbuch in Hannover, Am Kanonenwall 16 abzuholen.

Sterbetafel.

Am Mittwoch, den 17. April, starb an den Folgen eines Unfalls unser treues Mitglied Maurer Johann Gabrißch aus Badland.

Verwaltungsstelle Beuthen O./Schl.
Am 17. April starb infolge eines erlittenen Bauunfalls unser treuer Kollege Franz Knauf aus Ferna, Kreis Worbis. Zahlstelle Bottrop.

Am 20. April starb unser treuer Kollege und Mitbegründer unserer Verwaltungsstelle Ernst Walter aus Herzberg im Alter von 60 Jahren nach fast zweijährigem Krankenlager.

Zahlstelle Ramlau-Kreuzendorf (Maurer).
Am 22. April starb nach längerem Leiden unser langjähriger Kollege Anton Stoll im Alter von 57 Jahren an Magenkrebs.

Zahlstelle Allenstein (Maurer).
Am 23. April starb plötzlich, infolge eines Herzschlages, unser Kollege Karl Battersfeld im Alter von 52 Jahren. Verwaltungsstelle Bielefeld.

Ehre ihrem Andenken!

Reichtum

ist Macht, aber Schönheit noch mehr; letztere verleiht ein zartes, reines Gesicht, rosiges, jugendfrisches Aussehen und blendend schöner Teint. Alles dies erzeugt die allein echte **Steckenpferd-Littemilch-Seife** von Bergmann & Co., Badeseel, a St. 60 Pf. Ferner macht der **Cream „Dada“** (Littemilch-Cream) roteu spröde Haut in einer Nacht weiß u. sammetweich. Tube 50 Pf.

Schadensersatzpflicht desjenigen begründen können, der diese unerlaubten Mittel anwendet. Ob ein wirtschaftliches Kampfmittel erlaubt oder unerlaubt ist, ist im allgemeinen Lastfrage. Gewisse Verhältnisse aber zur Beurteilung dieser Frage sind vom Reichsgericht insofern anerkannt worden, als es nicht erlaubt sein soll, bei der Durchführung eines Streiks oder Boykotts der Wahrheit widersprechende Veröffentlichungen zu geben, einzelne Volksklassen gegeneinander aufzuheizen oder den wirtschaftlichen Gegner in gehässiger Weise zu beleidigen. Nach diesen Gesichtspunkten war ein Fall des Boykotts zu prüfen, wegen dessen die Hanja-Brotfabrik, G. m. b. H., in Hamburg gegen den Deutschen Transportarbeiterverband in Berlin und dessen Vorstandsmitglied G. in Hamburg Schadensersatzklage erhoben hatte. Die Kläger und Gezeilen der Klägerin waren im Juni 1908 in den Streit getreten, nachdem die Fabrik es abgelehnt hatte, wegen der entstandenen Differenzen nicht mit den Klägern und Gezeilen direkt, sondern mit der Ortsverwaltung des Transportarbeiterverbandes zu verhandeln. In dieser Streit sollte nach der Behauptung der Klägerin der Transportarbeiterverband und dessen hiesiger Vorsteher G. durch mehrere Publikationen in unerlaubter Weise eingegriffen haben, durch die die Kunden der Brotfabrik in ungewöhnlicher Weise zum Boykott der Fabrik aufgefordert worden seien. Diese Publikationen enthielten aber nach Ansicht der Klägerin der Wahrheit zuwider falsche Angaben über die Lohnverhältnisse, die Arbeitszeiten, Mutagenpausen usw. der streikenden Arbeiter. Das Landgericht Hamburg hatte die Klage abgewiesen, das Oberlandesgericht daselbst nur insoweit, als der Transportarbeiterverband als solcher verklagt worden sei. Gegenüber dem mitverklagten hiesigen Vertreter G. des Verbandes aber hatte das Oberlandesgericht die auf Zahlung von 4500 M gerichtete Schadensersatzklage als dem Grunde nach gerechtfertigt erklärt. Das Oberlandesgericht hatte die einzelnen Veröffentlichungen, die teils an jedermann verteilt, teils in einer hiesigen Zeitung gemacht waren, geprüft und darin unwahre Angaben über die Entstehung und den Grund des Streiks gefunden. In diesen Veröffentlichungen war nämlich gesagt worden, die streikenden Arbeiter hätten fast eine „unbegrenzte Arbeitszeit“, da die erforderlichen Panzer von der Fabrikleitung nicht eingehalten würden; auf ein hiesiges Schreiben des Verbandes habe die Fabrik überhaupt nicht geantwortet und nur gesagt, sie kenne keinen Verband; in einer Ankündigung war weiter gesagt, „Brot werde überall gebaden und auch schmachtet“. Ein Artikel der betreffenden Zeitung enthielt die direkte Aufforderung an die Hausfrauen, die Arbeiter in ihrem gerechten Kampfe zu unterstützen. In diesen Veröffentlichungen erblühte das Oberlandesgericht zunächst eine Aufforderung zum Boykott, dann aber auch Unwahrheiten, die die Schadensersatzpflicht des G. rechtfertigten. Das die Arbeitszeit anlange, so habe diese nicht, wie gesagt worden sei, „fast unbegrenzt 17 bis 18 Stunden“ betragen, sondern allerhöchstens 16 Stunden und Sonntags niemals „zehn Stunden“, wie behauptet worden sei, sondern höchstens sechs. Auch die ganze Entstehungsgeschichte des Streiks sei in den Veröffentlichungen falsch geschildert worden. Es sei aber von G., der schon seit 1905 in der Gewerkschaftsbewegung tätig gewesen sei, höchst sachfällig, diese objektiv unrichtigen Angaben auf Grund kurzer Notizen veröffentlicht zu haben, die ihm gemacht worden seien, ohne sich genauer zu überlegen. Gerade für G. als Gewerkschaftsleiter sei es sehr leicht gewesen, sich von den ihm zugewandten Unwahrheitsbehauptungen zu überzeugen. Denn kein hiesiger Arbeiter lasse sich solche Arbeitsbedingungen gefallen, wie sie G. als bei der Brotfabrik vorliegend geschildert habe. Die Haltung des Verbandes entspreche dem bedürftigen, weil sich G. schon vor seiner Anstellung als hiesiger Gewerkschaftsleiter erweisen habe, G. aber hätte für seine sachfälligen falschen Angaben persönlich. Die von G. dagegen beim Reichsgericht eingeleitete Revision wurde als unbegründet zurückgewiesen.

Kannst du vielleicht das Bettler machen?

Nein? Na also, dann machst du dich auch vorziehen, damit das schlechte Bettler dir nicht gefährlich wird. Du wirst dir also eine Schokolade ganz außer Sodener Mineral-Präparaten in die Tasche stecken, wenn du Linsen machst; und wirst auch ein paar Schokoladen in einem mitnehmen, und dann kannst du gemütlich sitzen sein, daß du allen Erklärungsversuchen selber entgegen kommst. Ich hab's ausprobiert und weiß, daß ich bei einem Defizit nicht empfinden kann. Die Schokolade kostet überdies nur 55 Pf. Nicht aber darauf, daß du keine Reue empfindest.

Schwere Leiden

und viele die Folgen verschämter Krämpfe. Bei Schizophrenen, Alkoholen, Geschwulst, Entzündung, zarter Flechte, Salzflechte, trockne Flechte, Geisteskrankheiten, Schizophren, Paralyse, Rheuma, Gicht, Leiden, Hysterie, Frauen, Kleinkinder sind diese die besten: Erleichterung und Beseitigung der Beschwerden ist sicher. Größe zu beziehen durch: **Wiederer Dr. R. K. & Co., Hamburg 21, 1.**

Lasche Gesellschaft steckt mit!

„Sprühregen des Humors.“

DIALON

Seit Jahrzehnten bewährt von hervorrag. Ärzten empfohlen als außerordentliches Erisipielpulver zur Heilung und Verhütung des wundlichen kleiner Kinder. Vorzügliches Wund- u. Schweißpulver für Erwachsene. Zum Einpinseln der der Reibung am meisten ausgefressenen Körperstellen. Unumkehrbares hygienisches Toilettenmittel im Gebrauch von Touristen und Sportleuten jeder Art. **Bestandteile: Dialon-Pulver 2%, Borlösung 6%, Puder 94%.**

Emil Hofffeldt,

Berufsbildung

Können Sie tanzen?

Wollen Sie ohne Lehrer in wenigen Stunden sämtliche modernen Tanz- und Gruppenkurse lernen, daß Sie sich auf je dem Verlangen wandeln bewegen können, so beziehen Sie das „Tanzbuch“ von **C. Henry**. Preis M. 1.80. Erfolg garantiert. **W. A. Schwarz's Verlag, Dresden N. 6340.**

Allgemeiner Briefsteller.

oder praktische Anleitung, wie man Briefe nach den Regeln des guten Stils schreiben soll. Eine Sammlung von zahlreichen Freundschafts-, Familienbriefen, Glückwunsch-, Einladungs-, Danksagung-, Trost-, Empfehlungsschreiben, Bittschriften, Verweisen, Mahnbriefen, Liebesbriefen und Heiratsanträgen, Kaufmanns- und Briefen, Formularen zu Anzeigen, Quittungen, Wechsels, Anweisungen, Eingaben, Klagen, Kontrakten, Vollmachten, nebst deutscher Sprachlehre und einem Fremdwörterbuch. 376 Seiten. Preis 1 M. 70 Pf. franko. Großer Katalog gratis. **Flecker's Verlag, Leipzig 823.**

Alkoholfreie Getränke.

Pomosa and Cider, trinkt rüger Apfelsaft aus frischem Obst, aus der Apfelkultur = Pomosa, Risteln. Cider bringt die Jugend wieder! **August Böll, Lingen/Ems.** Verkehrslokal der christl. Bauarbeiter Lingen.